Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 28. November 1998 109. Jahrgang Nr. 31.173

# Umstrittene Senatoren vereidigt

## In stürmischer Sitzung PJ-Mehrheit über 1999 hinaus gesichert

Die Justizialisten Hugo Sager und Rubén Pruyas legten am Mittwoch im Rahmen einer stürmischen Sitzung auf Grund der Proteste der Opposition ihre Eide als neue Senatoren für Chaco und Corrientes ab. So vollendete die PJ-Fraktion das Manöver zur Gewinnung der zwei Sitze mit dem Segen des Obersten Gerichtshofes, das heisst durch eine von den fünf der Regierung nahestehenden Richtern bestimmten Entscheidung. Hintergründige Absicht der PJ-Fraktion war die Sicherung ihrer Mehrheit über 1999 hinaus, wenn Carlos Menems Mandat ausläuft.

Der Oberste Gerichtshof hatte mit fünf gegen vier Stimmen die Forderung des Gouverneurs der Provinz Chaco, Angel Rozas, abgelehnt. Begründung: „Der Senat hat im Rahmen seiner Vollmachten und fussend auf dem in der Verfassung vorgesehenen gehandelt, als er Sager wählte.“ In dem gleichen Schriftsatz wurde mit demselben Argument die Designierung von Pruyas gutgeheissen.

Die Fraktionen von UCR und Pacto Autonomista Liberal von Corrientes bestanden am Mittwoch darauf, dass Sager und Pruyas nicht Senatoren werden könnten, weil sie nicht von den Legislativen ihrer Provinzen gewählt worden seien. Ihr Protest bestand in lautstarken Reden der Fraktionschefs und in Aktionen mit eher symbolischen Charakter. José Genoud, Fraktionschef der UCR-Fraktion, wies warnend darauf hin, dass die mit der neuen Zusammensetzung des Senats verabschiedeten Gesetze Gefahr liefen, für ungültig erklärt zu werden. Genoud gab der Diskussion Wahldimensionen und versicherte, die Allianz sei in den Umfragen wegen des Skandals um die illegitimen Senatoren gewachsen. Echo darauf war eine ironische Antwort des PJ-Fraktionschefs Augusto Alasino, der feststellte: „Man muss die Allianz Medianz nennen, weil sie nur für die Medien arbeitet.“

Der Versuch der Opposition, die Sitzung ohne Quorum zu lassen scheiterte, weil die PJ-Fraktion mit Hilfe von Provinzparteien von Tierra del Fuego und Tucumán spielend ihr Quorum zusammenbekam. Das war Mittags und die Sympathisanten des PJ, die einen grossen Teil der Ränge besetzt hatten sangen lauthals den Peronistenmarsch. Trotz allen Hin und Hers während der Sitzung wurden am Ende die zwei umstrittenen Senatoren und die anderen acht, deren Mandat am 10. Dezember beginnt, trotz des Zähneknirschens der Opposition vereidigt.

## CEANA-Versammlung

Vom 16. bis 18. November tagte in Buenos Aires die Kommission zur Klärung der Nazi-Aktivitäten in Argentinien. Eine Reihe ausländischer Mitglieder der Kommission, so Professor Holger Meding aus Köln, der kanadische Historiker Newton und der US-Unterstaatssekretär Stuart Eizenstat kamen zu diesem Zweck nach Argentinien.

Von den inländischen Mitgliedern nahmen an den Sitzungen unter anderem der Schriftsteller Marcos Aguinis, der Zeitungsherausgeber und Wirtschaftler Dr. Roberto T. Alemann und Torcuato Di Tella teil. Im Rahmen der Sitzungen wurden Unterlagen und Ergebnisse von Untersuchungen begutachtet.

Daneben besuchte eine Reihe der Sitzungsteilnehmer unter Führung des ehemaligen UCR-Abgeordneten Adolfo Gass.

# Offizieller Besuch in Japan

## Präsident Carlos Menem als Handelsreisender

Präsident Carlos Menem wird morgen, Sonntag, nach Japan fliegen und dort zusammen mit Kaiser Akihito an den Feierlichkeiten für die seit hundert Jahren bestehenden Beziehungen zwischen Japan und Argentinien teilnehmen. Menem, den bei diesem offiziellen Besuch seine Tochter Zulemita begleiten wird, hat in seiner Agenda neben seinen staatsmännischen Verpflichtungen mehrere Aktivitäten eingeplant, die der Verstärkung der Handelsbeziehungen gewidmet sind. In diesem Sinn geht aus der offiziellen Information hervor, dass gleichzeitig mit Menem eine Delegation von argentinischen Unternehmern nach Tokio fliegt. In den letzten fünf Jahren haben sich die Exporte Argentiniens einer Zahl von 500 Millionen Dollar angenähert, während die argentinischen Importe aus Japan mehr als das Doppelte betragen.

Die wichtigsten, aus Argentinien nach Japan exportierten Produkte sind Fische, Getreide, Aluminium, Fleisch und Meeresfrüchte. Aus Japan werden Autos, Traktoren, Maschinen und Elektro-, Chemie- und Optikprodukte importiert. Übereinstimmend mit offiziellen Zahlen für 1996 betragen die japanischen Investitionen in Argentinien 250 Millionen Dollar.

# De la Rúa in Umfragen vorn

## Deutlicher Vorsprung gegenüber Meijide

Letzten Umfragen zufolge wird Fernando de la Rúa spielend seine Rivalin vom Frepaso, Graciela Fernández Meijide, in der Wählergunst überrunden und sich in den morgen, Sonntag, stattfindenden Internwahlen als Präsidentschaftskandidat der Allianz durchsetzen. Die letzten Resultate des Gallup-Institutes, dem die Soziologin Marita Carballo vorsteht, geben dem Radikalen zwischen 13 und 18 Prozent Vorsprung.

Entsprechend den letzten Umfragen des Instituts auf Landesebene neigt sich die Wählergunst Fernando de la Rúa „wegen seiner Regierungsfähigkeit, seiner Struktur und seiner Erfahrung“ zu. Carballo erklärte in einem Interview mit Radio América, de la Rúa erscheine den Leuten als fähigerer Kandidat für die Präsidentschaft. Andererseits aber hoben die Befragten, die Präferenzen für Fernández Meijide äusserten, sie schätzten bei der Abgeordneten ihre „soziale Sensibilität und Transparenz“.

Das Institut Manuel Mora y Araujo nannte unterdessen als Resultat seiner Umfrage für Fernando de la Rúa 58 Prozent und für Fernández Meijide 37 Prozent. Aus einer weiteren Umfrage, nämlich des Centro de Estudios Unión para la Nueva Mayoria von Rosendo Fraga, geht ebenfalls ein Vorteil für den Radikalen von 17 Prozent hervor.

# De la Rúa oder Fernández Meijide

Morgen, Sonntag den 29. November, hält die Allianz ihre vor Jahresfrist angekündigte Internwahl ab. Hierbei wird der Präsidentschaftskandidat für die allgemeinen Landeswahlen im Oktober 1999 gekürt werden, möglicherweise auch der Kandidat für die Vizepräsidentschaft.

Die Allianz wurde im August 1997 von den beiden Oppositionsparteien gebildet. Die Radikale UCR, die bei den Präsidentschaftswahlen vom Mai 1995 an dritter Stelle nach ihrem jetzigen Koalitionspartner Frepaso gelandet war, stellt den grösseren Parteiapparat mit angenommenen 1,5 Millionen Mitgliedern und ist zudem im ganzen Land mit Parteikomitees präsent. Ihr Kandidat ist Fernando de la Rúa, derzeit Regierungschef der autonomen Stadt Buenos Aires, zweitgrösster Gliedstaat nach der Provinz Buenos Aires mit 2,7 Millionen Einwohnern und einem Staatshaushalt von 3,0 Milliarden Pesos.

De la Rúa blickt auf eine 35jährige Laufbahn in der Politik zurück. Er stammt aus Córdoba, siedelte sich 1963 in Buenos Aires an, als er Berater des damaligen Innenministers Juan Palmero unter Präsident Arturo H. Illia (UCR) war, beide ebenfalls aus Córdoba. Seither ist De la Rúa Parteipolitiker in der Bundeshauptstadt, wo er 1973 als Senator gewählt wurde, für die Vizepräsidentschaft mit Ricardo Balbín kandidierte und gegen Juan Domingo Perón mit seiner Gattin Isabel unterlag. Ab 1983 diente De la Rúa mit Unterbrechungen abermals im Senat, ehe er 1995 zum Regierungschef der Stadt Buenos Aires gewählt wurde.

De la Rúa gilt als gemässigt, hat als Regierungschef die Stadtfinanzen saniert, Korruption abgeschafft und eine ordentliche Verwaltung eingeführt, wiewohl es nicht an Skandalen gefehlt hat. Er steht landesweit ebenfalls für ausgeglichene Staatsfinanzen ein, was Präsident Menem in zehn Jahren nur 1993 geglückt ist, und plädiert für die Anhebung der Mindestrenten auf $ 250 im Monat. Hierfür sollen die privatisierten Unternehmen Sonderleistungen für $ 1.000 Millionen im Jahr erbringen. Die Gehälter von mehr als $ 4.800 im Monat sollen mit Abgaben für die Sozialkassen besteuert werden, indem die jetzige Freigrenze entfällt, wovon $ 1.200 Millionen erwartet werden. Grundsätzlich soll die Konvertibilität beibehalten werden, das ist die Kursparität, das Geldschöpfungsverbot, die Privatisierungen, die Deregulierungen und die Wirtschaftsöffnung.

Der Allianzpartner Frepaso (Kürzel für „Frente para un País Solidario“) ist eine Koalition mehrerer kleiner Parteien sowie abtrünniger Peronisten. Diese Koalition ist stimmenstark in Buenos Aires und Umgebung, in Rosario und Neuquén, ansonsten kein allgemeiner Parteiapparat zur Verfügung steht, ebenso relativ wenige Parteimitglieder.

Kandidatin für die Präsidentschaft ist Frau Rosa Graciela Castagnola de Fernández Meijide, landesbekannt mit ihrem zweiten Vornamen Graciela. Sie ist eine Senkrechtstarterin in der argentinischen Politik, seit sie vor fünf Jahren in die Parteipolitik als Kandidatin für die nationale Deputiertenkammer einstieg. Von Beruf unterrichtete Fernández Meijide Französisch und Verfassungskunde im Institut Lenguas Vivas. Sie begann vor fünfzehn Jahren als Mitglied der sogenannten Mütter der Plaza de Mayo, die jeweils donnerstags aufmarschierten und die Aufklärung des Schicksals ihrer verschwundenen Kinder forderten. Sie hatte einen Sohn verloren, der von der Militärregierung verhaftet worden war und nie wieder erschien. Die Kandidatin kann auf keine Erfahrung in der Staatsverwaltung zurückblicken.

Den Sprung in die Landespolitik als mögliche Präsidentschaftskandidatin vollzog Fernández Meijide vor Jahresfrist, als sie die Wahlen für die Deputiertenkammer in der Provinz Buenos Aires als Listenerste gegen die Gouverneursgattin Hilda „Chiche“ Duhalde gewann und dadurch der kaum zwei Monate alten Allianz zu einem landesweiten Wahlsieg von rund 46 Prozent gegen 38 Prozent der regierenden Justizialisten verhalf. Seither gilt sie, die ihren Senatorensitz damals aufgegeben hatte, als Kandidatin für den Frepaso.

Fernández Meijide hat seit Monaten pausenlos um Stimmen geworben, wobei sie sich insbesondere des Rundfunks und des Fernsehens bediente. Die Nachrichtenredakteure beider elektronischer Medien haben die Kandidatin besonders hochgepäppelt und sie hat sich mit gelernten Sprüchen zu allen Tagesthemen geäussert, ohne konkret Stellung zu nehmen. Vor Monaten postulierte sie die Verdoppelung der Mindestrenten auf $ 400 im Monat, welches Ziel sie inzwischen auf $ 300 heruntergeplant hat, ohne allerdings genau anzugeben, mit welchen Ersparnissen anderer Staatsausgaben sowie neuer Steuerquellen das zu finanzieren ist. Es geht um mehrere Milliarden Pesos im Jahr bei einem Jahresetat für Renten von über $ 20 Milliarden.

Die Kandidatin steht ebenso wie De la Rúa zur Einhaltung der Konvertibilität, welche Verpflichtung ihr freilich weniger als ihrem Konkurrenten geglaubt wird. Ihr Kommilitone Carlos „Chacho“ Alvarez, der zusammen mit dem radikalen Expräsidenten Raúl Alfonsín eigentlicher Macher der Allianz ist, öffnet vorsichtig die Türe zum Ausstieg aus der Konvertibilität, was im Volksmund gleichwertig mit brutaler Abwertung und Rückkehr zur Hyperinflation gedeutet wird.

Im internen Wahlkampf für die morgigen Internwahlen bemühen sich beide Kandidaten, die sogenannten Wechselwähler anzusprechen, die keiner Partei angehören und von denen alle Beobachter dieser wahlpolitischen Szene annehmen, dass sie die Wahl entscheiden werden. Von über 22 Millionen registrierten Wählern qualifizieren sich für die Internwahl fast 18,8 Millionen, weil sie entweder den Parteien der Allianz oder keiner Partei angehören. Fast 4 Millionen sind offenbar Justizialisten oder Mitglieder anderer Parteien.

Die Demoskopen, die mit Umfragen die Präferenzen der Internwahl ermitteln, nehmen an, dass möglicherweise zehn Prozent, im Extremfall bis höchstens zwanzig Prozent der zugelassenen Wähler morgen zu den Urnen schreiten werden, das heisst zwischen 1,8 und 3,6 Millionen Bürger. Da der Wahlkampf die politischen Gemüter kaum erregt hat, ist anzunehmen, dass die Urnengänger eher unter als über zwei Millionen liegen dürften.

Nach bisherigen Umfragen führt De La Rúa vor Fernández Meijide mit angenommenen fünf bis zwanzig Prozentpunkten. Die Kandidatin fühlt sich stark in der Bundeshauptstadt und Umgebung, wogegen De la Rúa auf seine Hausmacht in der Bundeshaupstadt sowie seine Parteifreunde in der Provinz Buenos Aires und in den von Radikalen regierten Provinzen Córdoba, Chaco, Chubut, Rio Negro und Catamarca setzt. Fernández Meijide behauptet, dass 20 Prozent der Parteiradikalen für sie stimmen werden. Sie hofft auch, dass bei hoher Wahlbeteiligung der Wechselwähler ihr Stimmenanteil zunimmt. Ihre Wahlpropaganda zielte deshalb hauptsächlich auf die ungebundenen Wähler ab, die sie in persönlichem Einsatz in zahlreichen Ortschaften des Landes bezirzte, während De la Rúa sein Amt in der Stadt Buenos Aires ausübte.

Die einzige bisherige Internwahl für Präsidentschaftskandidaten fand 1995 im Zweikampf zwischen José Octavio „Pilo“ Bordón und Carlos „Chacho“ Alvarez im Frepaso statt. Entgegen den Voraussagen siegte Bordón, wobei angenommen wurde, dass zahlreiche Justizialisten für ihn gestimmt haben mögen. Das kann auch morgen mit Stimmen für De la Rúa geschehen, den Gouverneur Duhalde und Präsident Menem angeblich lieber als Gegner sähen als Fernández Meijide.

Der Wahlsieg der Kandidatin mit dem ansprechenden Motto „Es ella“ würde den kommenden Wahlkampf ein Jahr lang verschärfen und mit ideologischen Spitzen wegen Korruption und Aufarbeitung des Terrorkrieges von 1968 bis 1978 versehen, welche Facetten bei De la Rúa als Kandidaten der Allianz sicherlich weniger in den Vordergrund rücken würden. Die Parteiwähler der Allianz und die Wechselwähler haben morgen das Wort.

# Ex-Admiral Massera inhaftiert

## Anzeigen wegen Kindesentführung wie im Fall Videla

Acht Jahre nach seiner Begnadigung ist ein zweites Ex-Mitglied der Militärjunta wegen Kindesentführung in den Jahren von 1976 bis 1983 festgenommen worden. Bundesrichterin Maria Servini de Cubria erließ am Dienstag nach Angaben der Justizbehörden Haftbefehl gegen den 73jährigen Ex-Admiral, Emilio Massera, im Ruhestand. Ihm wird vorgeworfen, daß er in zwei Fällen Müttern ihre Babys wegnehmen ließ, die sie in politischer Haft zur Welt gebracht hatten.

Massera war die Nummer zwei während der Zeit der Militärregierung. Auch gegen den damaligen Juntachef Jorge Rafael Videla wird wegen Kindesentführung ermittelt. Der Ex-Diktator war im Juni festgenommen und später unter Hausarrest gestellt worden. Im Gegensatz zu anderen Menschenrechtsverletzungen werden Kindesentführungen in Argentinien nicht von den Amnestiegesetzen erfaßt, deretwegen Massera, Videla und sieben andere ursprünglich zu Haftstrafen verurteilte Juntamitglieder 1990 begnadigt wurden.

Massera, der zu dem militärischen Führungstriumvirat gehörte, das 1976 in Argentinien die Macht an sich riß, wurde nach Angaben seines Anwalts Miguel Arce Aggeo zunächst auf einer Polizeistation festgehalten und später in eine militärische Einrichtung rund 30 Kilometer westlich von Buenos Aires gebracht. Richterin Servini de Cubría hatte den 73jährigen am Dienstag viereinhalb Stunden verhört und anschließend den Haftbefehl ausgestellt.

Menschenrechtsorganisationen zufolge wurden während der Militärdiktatur in Haft geborene Kinder von Oppositionellen in Familien von Militärs gegeben. Die Organisation der „Großmütter von der Plaza de Mayo“ sucht auch 15 Jahre nach dem Ende der argentinischen Militärherrschaft noch immer nach Hunderten von Enkelkindern, die auf diese Weise verschwanden und von ihrer wahren Identität nichts ahnen.

Der Anwalt kündigte an, er werde versuchen, daß Massera wie Videla wegen seines hohen Alters unter Hausarrest gestellt werde. Für Rechtsmittel gegen den Haftbefehl selbst sei es aber noch zu früh. Gegen Massera liegen ähnlich wie im Fall des in London festgehaltenen chilenischen Ex-Diktators Augusto Pinochet zahlreiche Anzeigen wegen Menschenrechtsverletzungen aus dem europäischen Ausland vor.

## 20 Jahre „Cono Sur“

Die einzige in Patagonien erscheinenden Zeitschrift, die im Dezember 1978 gegründete „Cono Sur“ ist 20 Jahre alt geworden. Die Seele der in Comodoro Rivadavia erscheinenden Zeitschrift sind seit ihrer Gründung Emilio Said José und Antonia Elsa Zamorín, die heute noch für „Cono Sur“ verantwortlich zeichnen. In diesen zwanzig Jahren lässt sich die ununterbrochene herausgeberische Linie der Zeitschrift verfolgen, beruhend auf der Verteidigung der Integrität und Integration, die sie für den Süden des Landes vertreten. Es gelang ihnen auch, „Cono Sur“ zum einzigen gedruckten patagonischen Medium zu machen, kann die Zeitschrift doch trotz der Existenz einiger zonalen Publikationen darauf verweisen, dass sie gleichzeitig in Neuquén, Río Negro, Chubut, Santa Cruz und Tierra del Fuego zu haben ist.

# Neuer Pakt von Olivos?

Der Präsidentschaftskandidat der Acción por la República, der Abgeordnete Domingo Cavallo, warnte am Sonntag vor der Möglichkeit eines neuen Paktes zwischen Radikalen und Menemisten im Hinblick auf die Wahlen im kommenden Jahr. Cavallo brachte diese Möglichkeit in Zusammenhang mit dem, was in Córdoba passiert sei, wo der Radikale Eduardo Angeloz auf Entscheidung von Carlos Menem dreimal zum Gouverneur gewählt worden sei. „In Córdoba existierte lange Zeit ein radikal-menemistischer Pakt, warum sollten sie das jetzt nicht auf Landesebene versuchen. Ich würde sagen, man muss da sehr aufpassen. Man hat ja gesehen, was in Córdoba geschah, es war ein Desaster für die Provinz“, stellte der Ex-Wirtschaftsminister in einem Radiointerview fest. Cavallo zeigte sich überzeugt davon, dass die Formel seiner Partei, die am 20. Dezember in der Provinz stattfindenden Gouverneurswahlen gewinnen wird, und dass die Umfragen ihn an zweiter Stelle der Wahlpräferenzen für die Präsidentschaftswahlen nennen. In anderem Zusammenhang wiederholte Cavallo nach einem Rundgang durch die Militärfabrik in Río Tercero seine Anklagen hinsichtlich der Verantwortung „einiger Taugenichtse“ für den illegalen Verkauf der Waffen an Ecuador und Kroatien. Gleichzeitig wies er auf den Ex-Verteidigungsminister und heutigen Arbeitsminister Antonio Erman González hin, der damals das System des Waffenexports als Form der Lösung der Probleme der Militärfabriken inspiriert hätte. Im Zusammenhang mit dem radikal-menemistischen Pakt während der drei aufeinanderfolgenden Wahlen versicherte Cavallo, Menem habe seinerzeit nicht gewollt, dass der Antimenemist Juan Manuel De la Sota Gouverneur wurde, und Germán Kamerath nach Córdoba geschickt, damit dieser einen Teil der Stimmen in der Internwahl abzweigte.

# Anti-Terrorismus-Gipfel der OEA

## II. Konferenz in Mar del Plata / Menem: „Den bösartigen Tumor isolieren“

Repräsentanten der 34 Mitgliedsländer der Organisation Amerikanischer Staaten OEA haben am Dienstag die Schaffung eines Interamerikanischen Komitee gegen den Terrorismus (Cicte) auf Hemisphärenebene vereinbart. Aufgabe von Cicte wird die koordinierte Verhütung, Bekämpfung und Ausmerzung dieser Geissel sein. Die Schaffung des Komitees wurde nach zweitägiger Beratung im Rahmen der II. Interamerikanischen Sonder-Konferenz über Terrorismus beschlossen. Im Schlussdokument des sogenannten Antiterrorismus-Gipfel, der „Vereinbarung von Mar del Plata“ wird der OEA-Vollversammlung „die Anwendung von konkreten Massnahmen empfohlen, die eine konzertierte und wirksame Antwort auf die Bedrohung durch den Terrorismus bedeuten“. Unter anderen Massnahmen wird die Erstellung eines Leitfadens der Zuständigkeiten für Verhütung, Bekämpfung und Ausmerzung vorgeschlagen und dazu die Einrichtung einer Inter-amerikanischen Datenbank über Fragen des Terrorismus.

In Übereinstimmung damit wird das Anliegen der ersten Jahresarbeitsperiode der Cicte die Schaffung eines interamerikanischen Netzes zur Sammlung und Weitergabe der Daten über die zuständigen nationalen Behörden. Ausserdem soll unter Berücksichtigung der internen Gesetzgebung jeden Landes die Schaffung von Verbindungsbüros gefördert werden, deren Aufgabe die Erleichterung der Zusammenarbeit zwischen den Behörden der OEA-Mitgliedsländer im Terrorismusbereich ist. Das Komitee wird technische Autonomie innerhalb der OEA geniessen und allen Mitgliedsstaaten, die dies wollen, Assistenz in der Verhinderung und Bekämpfung terroristischer Aktivitäten leisten. Weitere Aufgabe von Cicte wird die Erstellung von Mechanismen der Zusammenarbeit im Bereich der Migrationen zur Feststellung von gefälschten Personaldokumenten sein und dazu die Koordinierung von Aktivitäten mit internationalen Einrichtungen wie etwa Interpol.

In seiner Rede zum Abschluss des Gipfels erklärte Präsident Carlos Menem: „Isolieren wir diesen bösartigen Tumor, bevor er fortfährt zu zerstören und zu morden“, und versicherte: „Der Terrorismus ist ein tödlicher Feind der Demokratie und des Friedens.“

# Ölsuche bei den Malwinen gestoppt

## Geringe Vorkommen rechtfertigen Ausbeutung nicht

Der Traum vom Erdöl bei den Malwinen ist in alle Winde zerstoben. Die Unternehmen, die seit April in den Gewässern der Inseln Probebohrungen vornehmen, haben sich jetzt entschlossen, das Gebiet mit leeren Fässern zu verlassen. Die multinationale Firma Shell, eine der Gewinnerinnen der unilateralen Ausschreibung durch die Kelpers im Jahre 1996 gab sozusagen als Nachruf ihrer Operationen in der Region dazu ein Kommuniqué heraus, in dem die Shell feststellte, man habe Spuren von Öl gefunden, doch nicht in wirtschaflich interessanten Mengen.

Die Borplattform Borgny Dolphin, die aus der Nordsee bis in den Südatlantik geschippert war, um hier eingesetzt zu werden, wird jetzt Anfang Dezember ihren Standort sehr wahrscheinlich nach Patagonien verlegen. Der neue Auftraggeber ist ein Unternehmen, das auf dem Kontinent operiert.

Mit der Abfahrt von Borgny Dolphin rückt auch die Möglichkeit einer Fortsetzung der Bohrungen in weite Ferne, wie auch die Inselräte zugeben. „Meine Befürchtung ist, dass viel Zeit vergehen wird, bevor die Erdölfirmen an eine Rückkehr auf die Inseln denken werden“, versicherte Norma Edwards im Rahmen der letzten Sitzung des Inselrats in der vergangenen Woche.

Die Unternehmen, die sich in den vergangenen Monaten an der Suche beteiligten, Amerada Hess, Shell, IPC und Lasmo International, werden sich jetzt der Interpretierung der gesammelten Daten widmen, um dann zu entscheiden, ob eine Rückkehr auf die Inseln wirtschaftlich vertretbar ist.

Im Aussenministerium in Buenos Aires allerdings ist man der Auffassung, dass das Fehlen von Erdöl eventuelle Verhandlungen mit London über die Souveränität erleichtern wird. In der britischen öffentlichen Meinung überwiegt das Unbehagen über die Ausgaben, die von der Verteidigung der Inselgruppe am anderen Ende der Welt verschlungen werden.

Ohne Erdöl werden die Malwinen nicht mehr als das „Kuwait des Südatlantik“ gesehen werden, wie die britische Presse die Inseln bezeichneten, als die Kelpers ihre Ausschreibung machten.

# Ein zweifelhafter Selbstmord

## Gab Schlüsselfigur im Waffengeschäft auf?

Das Leben und der Tod des Kapitäns z. See i.R. Horacio Pedro Estrada sind, drei Monate nachdem man ihn mit einer Kugel im Kopf in seiner Wohnung auffand, weiterhin Anlass für Zweifel und mehr als mysteriös. Angeblich Schlüsselperson in der Umleitung argentinischer Waffen nach Ecuador und Eingeweihter in ein Komplott, dessen Untersuchung die Regierung immer mehr beunruhigt, verbarg Estrada mit grossem Geschick seine Aktivitäten, seine politischen Verbindungen und seine Probleme vor den ihm in den letzten Jahren nahestehenden Personen. Die Untersuchung über seinen Tod, die dem Richter Facundo Cubas und dem Staatsanwalt Adrián Giménez obliegt, stösst dabei an die Mauer der Unwissenheit der Zeugen, die bisher aussagten. Daneben untermauern alle Gutachten die Selbstmordhypothese: Estrada hat demnach am Montag, dem 24. August, seine Browning-Pistole in beide Hände genommen und zwischen 18.20 Uhr und 23.30 Uhr abgedrückt.

Entsprechend der toxikologischen Untersuchung war er weder betrunken noch stand er unter der Einwirkung von Drogen, eine Erkenntnis, die von den Untersuchern mit Ungeduld erwartet worden war.

Eine angebliche Schuld von 35 bis 40.000 Dollar passte auch nicht ins Bild, da der Waffenhändler Diego Palleros auf einem uruguayischen Konto 1,8 Millionen Dollar für Estrada deponiert hatte. Angeblich machte er sich Sorgen über seine Tätigkeit in der ESMA.

Andererseits sagte seine Putzfrau aus, er sei an diesem 24. August gutgelaunt gewesen und habe ihr gesagt, er werde um halb drei weggehen. An diesem Tag führte er zwölf Telefongespräche, acht davon zur Verbindungsaufnahme mit Internet. Vielleicht um Kontakt mit dem französisch-nordamerikanischen Jean Bertrand Lasnaud aufzunehmen, der bis zuletzt Geschäfte mit Estrada gemacht hatte. Jedenfalls ist dies eines der Geheimnisse, die der Kapitän mit ins Grab genommen hat.

# Perón und die Deutschen

## Eine neue Untersuchung aus der Sicht der Fachleute

Das Internationale Raoul Wallenberg Komitee des Argentinienhauses in Jerusalem und Editorial Sudamericana veranstalteten in diesen Tagen die Vorstellung des Buches „Perón y los Alemanes“ von Uki Goñi. In Anwesenheit des Autors übernahmen die Vorstellung des Buches Holger Meding von der Universität Köln, Verfasser mehrerer wissenschaftlicher Arbeiten zum Thema, die Lizentiatin Beatriz Gurevich von der CEANA, der Kommission, die die Naziaktivitäten in Argentinien untersucht, und Dr. José Ignacio García Hamilton, Generalsekretär der Casa Argentina und Goria Rodrigué, Präsidentin des Editorial Sudamericana. Zur Einleitung sprach Guy Von Dardel, der Bruder Raoul Wallenbergs, der anlässlich der Enthüllung des Denkmals für seinen Bruder nach Buenos Aires gekommen war, Dankesworte, für das, was ihm und dem Gedenken an seinen Bruder hier zuteil geworden war.

Frau Gurevich stellte unter anderem fest, man müsse früher oder später in der Geschichte zurückgehen und dies habe Uki Goñi in der vorliegenden Untersuchung getan. Das Buch, das einem grossen Roman gleiche, so Gurevich, sei eine historische Chronik der Ereignisse und habe sie sehr beeindruckt, weil es keine definitiven Schlussfolgerungen vorschlage. Holger Meding, Geschichtsprofessor und Autor einer Reihe von Arbeiten zum Thema wies auf die riesige Menge von Literatur hin, die er vorfand, als er in den 80er Jahren mit seinen Forschungen begann. Da war keine systematische Arbeit mit Quellenangaben, sagte Meding, aber viel Sensationalismus wie etwa die Geschichte über Hitlers angeblichen Aufenthalt in Bariloche. Meding fand damals nach seinen Worten sehr wenig Unterlagen und Dokumente, aber er fand Gesprächspartner bei den alten Nazis, von denen manche noch lebten. Brücke war seinerzeit die Wiedervereinigung. Die Zeiten hätten sich geändert und Uki Goñi habe Archive gesehen, zu denen er noch keinen Zutritt hatte. Auch Meding zeigte sich sehr beeindruckt von Gonis Arbeit. Während der Historiker García Hamilton die Vorgeschichte zur Epoche der 30er und 40er Jahre klärte und Zusammenhänge aufzeigte, ging Goni gleich ins Detail. So hob der Journalist und Buchautor hervor, seine These sei, dass die Aufnahme der Kriegsverbrecher in Argentinien nicht in einem luftleeren Raum hätte stattfinden können. Es musste da einen verbindenden Punkt gegeben haben. Goñi verweist dazu auf die Verbindung Peróns zu Nazis und Nazispionen in den 30er Jahren, als er an der argentinischen Botschaft in Santiago Dienst tat, an die Kontakte zu französischen Kollaborateuren und mehrfachen Treffen mit einer Reihe dieser „Flüchtlinge“ aus Europa. Man könne nur hoffen, so Goñi, dass eines Tages Untersucher die wirklichen Archive sehen können, die des militärischen Geheimdienstes und des Innenministeriums und bedauert, dass eine noch lebende Schlüsselfigur in diesen Wanderungsbewegungen von Kriegsverbrechern, nämlich Rudolf Freude, sich bisher geweigert habe, zu sprechen.

# DIE WOCHE IN ARGENTINIEN

### Sünder werden gefilmt

Die Stadtregierung beabsichtigt die Installierung eines Kamerasystems für eine visuelle Kontrolle der Verkehrsvergehen im kommenden Jahr. Wie die Stadt jetzt bekanntgab, sind bei der Ausschreibung zehn Unternehmen in die Endauswahl gekommen. Vorgesehen ist die Einrichtung von 92 Kameras, die sowohl die schwerwiegenden als auch die einfachen Vergehen registrieren werden.

### Kleineres Übel

Senator Antonio Cafiero erklärte am Montag, er sehe nicht unmoralisches und nichts illegales darin, wenn der Justizialismus in Catamarca Alicia Saadi - die Schwester des Ex-Gouverneurs Ramón Saadi -, zu seiner Vertreterin im Nationalsenat macht. Gleichzeitig äusserte Cafiero seine entschiedene Ablehnung der eventuellen Wahl von Ramón, ohne jedoch dafür Gründe zu nennen.

### Gerichtshof moniert

Der Präsident des bonaerenser Obersten Gerichtshofes, Héctor Negri, hat eine Audienz bei Gouverneur Eduardo Duhalde beantragt, um ihn um einen grösseren Haushalt für die Justiz in der Provinz zu bitten. Die Bedürfnisse der Justizgewalt sind ab September gestiegen, seitdem die Ermittlungsverfahren nicht mehr Sache der Polizei sondern der Staatsanwälte sind. Dazu kommen jetzt die Garantiekammern und die mündliche und öffentliche Verhandlung aller Delikte.

### Bauchlandung

Auf Grund eines Motorschadens musste am Montag eine Turbopropmaschine vom Typ Metro 11 mit fünf Passagieren und zwei Besatzungsmitgliedern auf dem Flughafen von Río Gallegos eine „Bauchlandung“ durchführen. Dabei kam - ausser dem Flugzeug - niemand zu Schaden.

### Neue Baukontrolle

Um eine grössere Transparenz in der Registrierung der Pläne zu erreichen hat die Stadtregierung die Einführung eines neuen Systems für die steuerliche Bewertung und Kontrolle der privaten Bautätigkeit angekündigt. Der Vize von Stadtregierungschef Fernando de la Rúa, Enrique Olivera, erklärte dazu, die neue Computerisierung mache die Registrierung von Bauplänen einfacher und verhindert die Einschaltung jeder Art von „gestores“ (Berufsantragsteller).

### Walsterben

Der Vorsitzende der Stiftung Patagonia Natural, Guillermo Harris, teilte am Dienstag offiziell mit, dass man derzeit untersuche, warum sich in diesem Jahr die Sterblichkeit der Wale im Bereich der Halbinsel Valdés verdoppelt habe. Harris schloss nicht aus, dass die Ursache der hohe Grad der Verschmutzung in den Gewässern des Golfo Nuevo sei.

### La Rioja: Lehrerstreik

Die letzten Schultage in der Provinz La Rioja sind alles andere als normal, weil die Lehrer immer wieder Teilstreiks veranstalten, weil die Provinzregierung sich bisher noch nicht zur umfassenden Einführung des 3. Zyklus der Allgemeinen Grundschulbildung (EGB3) entschliessen konnte. In den alten Klassen, die dem 3. Zyklus entsprechen, herrscht nach Klagen der Lehrer eine chaotische Improvisierung.

### Aufstand in Jujuy

Ohne die Unterstützung der eigenen Partei, die bereits die Bundesintervention beantragte, mit einem politischen Prozess in der Legislative, einem Verfahren wegen Unterschlagung und der dauernden Mobilisierung der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes am Hals hat der PJ-Gouverneur der Provinz Jujuy, Carlos Ferraro, am Mittwoch seinen Rücktritt bekanntgegeben. Als dieser bekannt wurde, drangen „militante“ Gewerkschafter unter Führung von Carlos „Perro“ Santillán in Legislative und Regierungsgebäude ein und richteten dort erhebliche Zerstörungen an.

### Krise in Jujuy

Der Justizialist Carlos Ferraro, der am Dienstag abend von seinem Amt als Gouverneur zurücktrat, ist der siebente Gouverneur, der in der von Krisen geschüttelten Provinz Jujuy sei 1990 zurücktritt. Vier von ihnen gaben ihre Ämter unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse auf. Einer von ihnen, Ricardo De Aparici flüchtete bei Nacht in einem Rettungswagen nach San Miguel de Tucumán. Der Gouverneur Guillermo Snopek wiederum kam bei einem Autounfall am 10. Februar 1996 ums Leben.

### Gesetzeskorrektur

Inmitten von Versionen über erbitterte Auseinandersetzungen und Rücktrittsdrohungen im Kabinett im Zusammenhang mit dem Lehrerkonflikt hat die Unterrichtsministerin Susana Decibe das Projekt einer zusätzlichen Gesetzeskorrektur für den „Gehälter-Anreizfonds“ im Präsidialamt eingebracht. Nach einer Prüfung durch Präsident Carlos Menem soll das Projekt dem Kongress zugehen.

# WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

## Akute Kassennot

Jedes Jahr leidet das nationale Schatzamt in den letzten Monaten des Jahres unter Kassennot. Mehrere Staatsämter pflegen vermehrte Ausgabenwünsche vorzutragen und die Steuereinnahmen laufen hinter den Erwartungen her. Dieses Jahr ist die traditionelle Kassennot zum Jahresende besonders akut.

Die Steuereinnahmen haben mitnichten die Budgeterwartungen einer Zunahme von 9% erfüllt. Diese Prognose beruhte auf einem Wachstum des BIP von mindestens 5,8% und verbesserter Steuereintreibung. Das BIP wuchs bis zur Jahresmitte um rund 7%, wogegen die Steuereinnahmen zwar auch zunahmen, aber weniger als erwartet. In der zweiten Jahreshälfte bei abnehmendem BIP-Wachstum, möglicherweise vorübergehend Nullwachstum, bleiben die Steuereinnahmen noch stärker zurück. Steuerunterstaatssekretär Rodríguez Usé nimmt bereits eine Abnahme der Steuereinkünfte im November um 2% bis 3% gegenüber November 1997 vorweg, ebenso ein zusätzliches Defizit von $ 200 Mio.

Auf der anderen Seite vermehren sich die Staatsausgaben trotz der Kürzungen, die $ 1,0 Mrd. erreichen sollten, aber hinter diesem Plansoll zurückblieben. Die Zinsenlast fällt höher als geplant aus. Die Überschwemmungen in den Litoral-Provinzen kosten Entschädigungen zu Lasten des Schatzamtes, abgesehen von anderen unvorhergesehenen Staatsausgaben. Die aufwendigen Auslandsreisen des Staatschefs belasten ebenfalls den Haushalt.

Vor diesem Hintergrund drükkender Kassennot melden sich die Exporteure mit ihrem Protest, weil das Steueramt angeblich die Rückerstattungen der Mehrwertsteuern aufschiebt, die bei der Ausfuhr anfallen, wenn die Zahlungen der Mehrwertsteuer der Lieferanten angemeldet werden. Die Exportgeschäfte selber sind mehrwertsteuerfrei. Angeblich fordert die Industrie rückständige Zahlungen von rund $ 400 Mio., ebensoviel wie die Kraftwagenindustrie, wogegen die Ölindustrie mit $ 250 Mio. zu Buche steht, zusammen etwa $ 1,05 Mrd.

Wirtschaftsminister Roque Fernández konterte in der Vorwoche auf dem Stiftungsfest der Argentinischen Handelskammer mit nackten Zahlen, nach denen die Rückerstattungen der Mehrwertsteuern in den letzten drei Jahren jeweils von Januar bis September nicht abgenommen haben, sondern vielmehr höher ausfielen. Sie betragen jetzt über 11% der Exporte gegen 8% vorher, ebenso wie die absoluten Beträge zugenommen haben. Trotzdem klagen die Exporteure über die Rückstände. Die Ölindustriellen drohen mit Abschlägen auf den Einkaufspreisen zu Lasten der Landwirte, die daraufhin mit einem Steuerstreik aufwarten wollen. Unterdessen müssen die Exporteure die Rückstände finanzieren, die mit Zinskosten verbunden sind.

Die Kassennot bewog die Wirtschaftsführung zur Einführung einer um fünf Monate vorgezogenen Anzahlung auf die Gewinnsteuer von 6%, so dass im Dezember die gesamten Vorleistungen dieser Steuer im Kalenderjahr 1998 auf 96% angehoben werden. Bisher betrugen sie 90% der auf die im Vorjahr bezahlte Gewinnsteuer, sofern der Steuerzahler nicht ein geringeres Einkommen angibt. Minister Fernández begründete die Massnahme nicht mit der Kassennnot, sondern zog vergleichsweise die Vorleistungen anderer lateinamerikanischer Länder von 100% der vorjährigen Steuer heran. Danach sehen 96% bescheiden aus. Tatsache ist jedoch, dass diese Milchmädchenrechnung falsch ist, weil sie im Kalenderjahr 1998 die 10prozentige Abschlusssteuer vom April nicht berücksichtigt, so dass die Steuerzahler insgesamt 106% entrichten müssen. Mit der Kassennot wäre die Massnahme, die zum Jahresende zahllosen Steuerzahlern in die falsche Kehle geraten ist, zutreffender erklärt worden.

Die Wirtschaftsführung befindet sich einer Sackgasse. Sie kann die Ausgaben nicht mit Steuern finanzieren, die nicht bezahlt werden, und darf sich auch nicht zusätzlich verschulden, weil ihr Defizit im Haushaltsgesetz verbrieft und mit dem Internationalen Währungsfonds abgesprochen ist. Deshalb weicht sie auf die Verzögerung gesetzlich vorgeschriebener Zahlungen wie die Rückerstattungen der Mehrwertsteuer und allenfalls das halbe dreizehnte Jahresgehalt („aguinaldo“) auf Januar 1999 aus, möglicherweise auch auf andere Zahlungen im Staatsbereich. Das Konto des Schatzamtes mit der Zentralbank ist kraft Konvertibilitätsgesetz geschlossen worden, so dass der früher im Inflationsumfeld übliche Rückgriff auf die Geldschöpfung durch die Notenbank nicht mehr besteht.

Diese Kassennot erklärt auch den Widerstand der Wirtschaftsführung gegen das neue Steuergesetz, das die Aufbesserung der Lehrkräftegehälter für $ 700 Mio. im Jahr, zudem rückwirkend per 1. Januar 1998, finanzieren soll, wobei das Schatzamt eventuelle Fehleinnahmen garantiert. Im Schatzamt schätzt man die Einnahmen aus der ein- bis anderthalbprozentigen Sonderbesteuerung von Kraftwagen, Schiffen

## *Randglossen*

Der Regierungspartei ist es schliesslich gelungen, dank zwei mit dubiosen Rechtsbeugungen ernannten Senatoren aus Chaco und Corrientes die eigene Mehrheit im Oberhaus zu bewahren. Der Senat musste hierfür die Entscheidungen der beiden Provinzparlamente missachten. Chaco hatte einen anderen Kandidaten gewählt und in Corrientes trat die Legislative mangels Beschlussfähigkeit nicht zusammen. In der Öffentlichkeit kostete dieser Machtmissbrauch der Regierungspartei echtes Ansehen. Die gewünschte eigene Mehrheit ist ohnehin reine Theorie, weil selten alle eigenen Senatoren erscheinen und meistens die Bereitschaft der Senatoren von Provinzparteien erforderlich ist, damit der Senat tagen und beschliessen kann. Macht steht entschieden vor Recht im Senat.

Die argentinische Regierung hat im Streitfall der Verhaftung General Pinochets in London eindeutig Stellung zugunsten Chiles bezogen. Der frühere Diktator des Nachbarlandes, dem Verbrechen gegen die Menschlichkeit angelastet werden und dessen Auslieferung bereits von vier europäischen Richtern gefordert wird, geniesst nach dem Spruch des britischen Oberhauses keine Immunität als ehemaliger Staatschef. Das Gebietsprinzip, nach dem die Verbrechen, die im eigenen Land begangen wurden, nur in diesem Land geahndet werden dürfen, wird durch die neuartige europäische Auslegung des Strafrechtes nicht geachtet. Argentinien und Chile, wo die Gegner Pinochets regieren, bestehen auf dem Gebietsprinzip, so dass sich die Heimkehr Pinochets aufdrängt. Hierüber muss jetzt die britische Regierung befinden, die in Sachen Menschenrechte genauso wenig weisse Westen aufweist wie alle anderen Kolonialmächte.

**ADLER, HASENCLEVER Y ASOCIADOS**

WIRTSCHAFTSPRUEFUNGS- UND STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT
UNTERNEHMENSBERATUNG

***seit über 30 Jahren für mittelständische Unternehmen tätig***

Member of TGI International

SAN MARTIN 575, 2º ST.
(1004) BUENOS AIRES

Tel: (00541) 393-6680
FAX: (00541) 325-6989
post@adlerhas. com.ar
www.adlerhas. com.ar

und Flugzeugen auf knapp $ 300 Mio., so dass ein Fehlbetrag von etwa $ 400 Mio. anfiele. Für 1998 würden bei rückwirkender Kraft ab 1. Januar ganze $ 700 Mio. zahlbar sein, die das Schatzamt in der jetzigen Kassennot sicherlich nicht besitzt. Für das Steueramt AFIP fallen rund 6 Mio. Steuerzahler an, mehr als drei Mal so viel wie bisher.

Wirtschaftsminister Fernández empfiehlt Präsident Menem, sowohl die rückwirkende Kraft des Gesetzes als auch die Schatzamtsgarantie zu vetieren. Eigentlich sollte das ganze Gesetz vetiert werden, das eine unsinnige vierte Besteuerung der gleichen Steuerobjekte vorschreibt, nachdem die Mehrwertsteuer beim Einkauf und nachher alljährlich die Vermögenssteuer und die Kfz-Steuern bezahlt worden sind. Ausserdem sind Lehrkraftgehälter Sache der Gliedstaaten, nicht der Nationalregierung.

Sollte Menem auf das Veto verzichten, wie es ihm angeblich Innenminister Carlos Corach und Präsidialsekretär Alberto Kohan empfehlen, dann soll Minister Fernández, wie verlautete, den Hut nehmen und demissionieren. Seine Kassennot wäre schier unerträglich. Die Frist für das Veto läuft am 9. Dezember ab. Ob bei einem Veto der Kongress das Gesetz mit zwei Dritteln der Stimmen trotzdem in Kraft setzt, bleibt abzuwarten bis möglicherweise März, wenn die nächstjährige ordentliche Sitzungsperiode beginnt.

In diesem Fall soll der Etat des Erziehungsministeriums herhalten, um die Aufbesserung der Lehrkräfte zu finanzieren, wenn die Kassennot mangels höherer Steuereinnahmen anhält. Wie Erziehungsministerin Susana Decibe dann ihre zahlreichen Mitarbeiter, die längst keine Lehrkräfte, sondern Erziehungsbürokraten sind, entlohnen wird, das bleibt vorerst ihr Geheimnis.

## Zollkontingente für Sportschuhimporte

Durch Beschluss 1506/98 des Wirtschaftsministeriums (Amtsblatt vom 23.11.98) wurden Zollkontingente für den Import von Sportschuhen eingeführt, bei deren Überschreitung der Zollsatz verdoppelt wird. Diese Entscheidung wurde getroffen, weil der Import stark zugenommen hatte und die lokalen Unternehmen der Branche, vornehmlich Alpargatas und Gatic, in ihrer Existenz bedroht waren. Mit dem neuen Kontingent können etwas über 40% der in letzter Zeit importierten Sportschuhe weiterhin unter gleichen Bedingungen eingeführt werden. Für den Rest sollte die Zollverdoppelung angeblich eine prohibitive Wirkung haben.

Diese Massnahme galt zunächst nur teilweise, da einige Importeure (Adidas, Fila, Fitalse, Grimoldi, Nike und Rebok) Klage bei der Justiz gegen den Sonderschutz eingereicht hatten, der im April 1998 durch Beschluss 512 verfügt worden war, und dabei zunächst erzielt hatten, dass der Status quo für sie bis auf weiteres erhalten blieb. Die Berufungskammer hat jetzt die Einführung von Schutzmassnahmen bestätigt, so dass die Beschlüsse des Wirtschaftsministeriums volle Geltung haben. Die Richter haben oft die schlechte Gewohnheit, über Sachverhalte zu urteilen, die deutlich nicht judiziabel sind, wie es bei dieser rein wirtschaftspolitischen Entscheidung der Fall ist. Es hat einige Zeit gedauert, bis die Kammer den Fall klarstellte. Inzwischen haben jene Firmen weiter frei importiert und der lokalen Industrie Schaden zugefügt.

Der Import von Sportschuhen hat gegenwärtig etwa 16 Mio. Paare jährlich erreicht, nachdem die Regierung vor Monaten, als die ersten Schutzmassnahmen eingeführt wurden, mit etwa 11 Mio. Paaren gerechnet hatte. Der Import lag, als die Regierung im Februar 1997 die ersten Sonderschutzmassnahmen einführte, bei etwa 13 Mio. Paaren im Jahr. Statt diese als überhöht angesehene Menge zu senken, ist der Import dann um 30% gestiegen, was zeigt, dass jene Massnahmen unwirksam waren. Allerdings entfällt der grösste Teil der Importe auf den Mercosur, für den freier Import besteht.

Ausserdem wurde jetzt das Chronogramm für die Zollsenkung geändert. Die festen Beträge pro Schuhpaar, die als Schutzmassnahme gelten, werden zunächst ab 1. Dezember 1999 um 10% erhöht, wobei das Kontingent gleichzeitig um 10% erhöht wird. Am 25. Februar 2000 verfällt diese Sondermassnahme, die als solche von der Welthandelsorganisation zugelassen ist. Bis dahin sollten die lokalen Fabriken theoretisch die notwendige Effizienz erreichen, um konkurrieren zu können. In der Tat sollte dies bei einem normalen Zollschutz von 23% möglich sein, bedenkt man, dass beim Import die Frachtkosten hinzukommen. Bei Importen aus dem Fernen Osten fällt ins Gewicht, dass die Löhne wesentlich niedriger sind; aber das Leder ist hier billiger und der Kunststoff PVC und die Stoffe und Garne sollten etwa gleich viel kosten. Wenn die lokale Industrie somit mit modernen Maschinen arbeitet, die wenig Arbeiter erfordern, sollten die Kosten nicht viel höher als bei der Importware sein, so dass der normale Zollschutz ausreichen sollte.

Indessen besteht hier ein anderes Problem, nämlich die Unterfakturierung, die in den letzten Jahren ein anormal hohes Ausmass erreicht hat. Sportschuhe werden noch nicht der privaten Kontrolle unterzogen, so dass die Importeure hier ungestraft stark unterfakturieren können, womit sie nicht nur den Zollsatz sparen, sondern auch die MWSt. und die Einbehaltung dieser Steuer und der Gewinnsteuer, a Konto der Beträge, die nachher beim Handel dieser Ware an das Steueramt abgeführt werden müssen. Aber die Rechnung geht nur auf, wenn diese Ware nachher schwarz verkauft wird, was auch weitgehend der Fall ist. Theoretisch wird bei Feststellung von Unterfakturierung eine Steuerkontrolle durchgeführt; in der Praxis funktioniert dies nicht, wegen mangelhafter Organisation und Korruption. Sportschuhe sollten so bald wie möglich auch der privaten Kontrolle unterstellt werden.

Vor einigen Wochen hat Staatssekretär Guadagni angekündigt, dass die Importeure ihre Importgeschäfte vorher melden müssen, wonach die Importlizenz automatisch erteilt wird. Die Information soll in eine Datenbank gespeichert werden, die über Modem oder Internet allgemein zugänglich sein soll. Das System funktioniert jedoch noch nicht; es sollte beschleunigt werden, da sich die lokalen Fabrikanten und die korrekten Importeure dann gegen den unlauteren Wettbewerb derjenigen schützen können, die unterfakturieren. Wenn die konkreten Fälle sofort angezeigt werden, können diese Importe verhindert werden.

Die Einstellung der Regierung gegenüber der Dumpingproblematik hat sich in den letzten Jahren stark geändert. In den ersten Jahren der Konvertibilität und Wirtschaftsöffnung wussten weder die Beamten, noch die lokalen Unternehmer, wie dieses heisse Eisen anzufassen sei. Ausserdem kamen Cavallo damals diese Billigimporte im Zuge der Stabilisierungspolitik sehr gelegen. Man darf nicht vergessen, dass 1991 und 1992 die Stabilisierung eine sehr hohe Priorität vor anderen wirtschaftspolitischen Zielen haben musste, da es gewiss nicht einfach war, die eingefleische Inflationstradition zu brechen. Nachdem die Stabilität erreicht wurde und fest verankert war, hat die Wirtschaftsführung, schon unter Cavallo, ihre Haltung geändert. Vor etwa drei Jahren wurde die nationale Aussenhandelskommission geschaffen, die sehr gute Arbeit geleistet und schliesslich das Dekret 1322/98 (Amtsblatt vom 13.11.98) redigiert hat, das das Verfahren bei Dumpingklagen genau regelt und die Untersuchungsperiode kürzt.

Jetzt hat Argentinien im Verhältnis zu seinen Einfuhren die grösste Zahl von Antidumpingmassnahmen der ganzen Welt verfügt. Das wäre jedoch nicht notwendig gewesen, wenn die private Zollkontrolle, die ab November 1997 gilt, früher eingeführt worden wäre und das Amt für öffentliche Einnahmen (AFIP) effektiver vorgehen würde. Denn in sehr vielen Fällen handelt es sich nicht um Dumping, sondern um Unterfakturierung, wobei der Fabrikant oder Exporteur im Ausland den vollen Preis erhält und sogar eine richtige Rechnung ausstellt, aber gleichzeitig dem lokalen Importeuer eine falsche Faktura übergibt. Das Dekret sieht vor, dass auch kompensatorische Zölle eingeführt werden, wenn eine Subvention des exportierenden Landes besteht. Dabei soll mit diesem Land verhandelt werden, damit es die Subvention abschafft. Im Grunde ist es jedoch für Argentinien vorteilhafter, die Subvention mit einem Sonderzoll auszugleichen, da dann eine Transferenz finanzieller Mittel vom Fiskus des Exportlandes an den argentinischen Fiskus stattfindet.

## Aerolineas Argentinas auf Expansionskurs

Als das staatliche Luftfahrtunternehmen Aerolineas Argentinas 1990 privatisiert wurde, blieb die spanische Iberia als einziger Bieter übrig. Es war gewiss nicht der beste; aber die Alternative, das Unternehmen weiterhin in Staatshänden zu behalten, wäre weitaus

schlechter gewesen und hätte den Staat viel Geld gekostet. Der Golfkrieg führte zu einer allgemeinen Krise bei der Luftfahrt, die jedoch bei US-Firmen und auch bei spanischen aktiver war, bei den ersten wegen der direkten Kriegsführung durch die USA und im zweiten Fall, weil Spanien die Zwischenlandung der Flugzeuge für die Krieg gegen Irak erlaubt hatte. Die Passgiere befürchteten Attentate, die zum Glück damals nicht durchgeführt wurden, wohl weil die arabischen Terroristen damals nicht auf der Seite Iraks standen.

Aber auf alle Fälle erlebte Iberia schwierige Zeiten, was sich dann auch auf Aerolineas ausdehnte. Um das Geschäft optimal zu gestalten, hat Iberia die Aerolineas-Flüge so gestaltet, dass dieses Unternehmen zum Teil zu einer Art Zulieferant wurde. So wurden direkte Flüge nach verschiedenen europäischen Hauptstädten abgeschafft und durch Flüge nach Madrid, mit Fortsetzung durch Iberia ersetzt. Iberia war finaziell angeschlagen, so dass diese Firma Aerolineas auch nicht mit frischem Kapital austatten konnte, um die Flugzeuge zu erneuern. Das führte dann u.a. auch zum Verlust des Anteils am Binnenverkehr, da die Fluggesellschaft LAPA mit niedrigeren Tarifen und modernen Maschinen stark vordrang.

Unlängst ist American Airlines, die grösste Luftfahrtgesellschaft der Welt, im Rahmen des Privatisierungsprogrammes der staatlichen Iberia, mit einem Anteil von 8,5% in Aerolineas Argentinas eingestiegen, wobei diese Firma das Management übernommen hat, was sich unmittelbar in der Ernennung von Patricio Zavalía Lagos zum Vorstandsvorsitzenden ausgedrückt hat (der Alpargatas-Präsident war). Nach nur 30 Tagen Amtsperiode des neuen Direktoriums hat Aerolineas den Kauf von 12 neuen Flugzeugen angekündigt, um Direktflüge nach Frankfurt, London, u.a. Städten wieder aufzunehmen. Ebenfalls sollen die Regionalflüge intensiviert werden. Bis zum Jahr 2002 sollen 45 neue Flugzeuge eingesetzt und 26 alte zurückgezogen werden. Die Flotte soll von gegenwärtig 54 Flugzeugen auf 58 im Jahr 1999, 61 im Jahr 2000, 67 im Jahr 2001 und 73 im Jahr 2002 erhöht werden.

Ende der Vorwoche wurde bekanntgegeben, dass Aerolineas 12 Langstreckenflugzeuge Airbus 340 in Leasing übernimmt oder kauft. Es ist der erste Kauf dieser Flugzeuge. Bisher war Aerolineas treuer Kunde von Boeing, mit nur wenigen Maschinen anderer Marken. Dieser Airbus-Kauf war jetzt besonders vorteilhaft, was Preis und Finanzierung betrifft, weil es sich um Flugzeuge handelt, die von Philippine Airlines erworben worden waren, aber von dieser Gesellschaft zurückgegeben wurden, weil sie in eine schwere Krise geriet und fast zusammengebrochen ist, so dass sie die langen internationalen Strecken aufgegeben hat.

Es handelt sich bei den neuen Airbus-Flugzeugen um Maschinen mit vier Triebwerken und einer Reichweite (non stop) von 14.000 Km. Vier Flugzeuge haben eine Kapazität von 225 Passagieren, zwei von 246 und die sechs weiteren von 309. Gegenüber dem Jumbo mit etwa 400 Sitzen sind diese Flugzeuge somit wesentlich kleiner. Aber Aerolineas hatte Mühe, die Jumbos auf bestimmten Strecken zu füllen, so dass die Airbus-Maschinen hier wirtschaftlicher sind. So war z.B. der Direktflug nach Miami meistens ziemlich voll, der nach New York hingegen nicht.

Für Aerolineas Argentinas war der Übergang von Iberia auf American Airlines als Kontrollgesellschaft entschieden von Vorteil. Das wird nicht nur in der Erweiterung der Dienste, sondern auch in vielen qualitativen Aspekten zum Ausdruck kommen, bei denen jetzt die Standards von American Airlines eingeführt werden.

# Schrumpfende Börse

In der Vorwoche gaben zwei Firmen ihren Rückzug von der Börsenkotierung bekannt: die Bank Supervielle Societé Generale und die Supermarktkette Disco, in die die niederländische Ahold vor einigen Monaten eingestiegen war. Zwischen 1994 und 1997 haben sich etwa 50 Unternehmen von der Börse zurückgezogen. Voher, ab 1990, haben die Privatisierungen zum Börsenzutritt neuer Unternehmen geführt. Zuerst waren es die beiden Telefonunternehmen, Telecom und Telefónica de Argentina, dann YPF, die Gastransport- und einige Eelektrizitätsunternehmen. Da diese Firmen einen grossen Teil des Börsenumsatzes an sich rissen, erhielt die Buenos Aires-Börse ein völlig neues Profil. Ausserdem setzte ein neues Phänomen ein, nämlich die Kotierung dieser u.a. Aktien (darunter die der Banken Francés und Galicia) an der Börse von New York, womit die Kursentwicklung an jeder Börse sich direkt auf die von Buenos Aires auswirkt.

Abgesehen von diesen Unternehmen, haben mehrere andere ihre Aktien an der Buenos Aires Börse kotiert: die Baufirma Dycasa, Tochtergesellschaft einer spanischen Gesellschaft (1994), Disco (1996), Banco Río (1997) und Cerámica San Lorenzo (1998). Im Juni 1999 ist Autopistas del Sol (die die Nordausfahrtsautobahn betreibt) verpflichtet, an die Börse zu gehen. Eine Reihe anderer Firmen warten nur auf den günstigen Moment. Die Gesamtzahl der kotierten Gesellschaften liegt bei 150. 1960 waren es 600, allerdings viel kleinere. Man muss dabei bedenken, dass Acindar mit Gurmendi und Santa Rosa fusioniert hat, die einzeln an der Börse kotierten. Für viele kleinere Firmen erwies sich die Börse als ungeeignet, da sie nicht einmal einen einigermassen regelmässigen Handel herbeiführen konnten.

Die Börse von Buenos Aires schafft es nicht, einen Aktienmarkt zu entwickeln, der dem Umfang der argentinischen Wirtschaft entspricht. Die starke Baisse, die ab Oktober 1997 als Folge der Asienkrise einsetzte, war für die Börse ein schwerer Schlag. Wenn nun die Unternehmen kein Kapital über die Börse aufnehmen können und zudem auch durch den Kursrückgang Schaden erleiden (da sie dann den Banken erklären müssen, dass dies nichts mit den Unternehmen selber zu tun hat), hat die Börsenkotierung, die mit Kosten verbunden ist, wenig Sinn.

Die Anleger haben sich jetzt zunehmend festverzinslichen Papieren zugewandt. Wie die von Martín Redrado geleite Stiftung „Fundación Capital“ ermittelt hat, sind die lokalen Investment-Fonds in 12 Monaten per Oktober 1998 um etwa 20% gewachsen, auf $ 6,7 Mrd., wobei aber die Fonds, die ganz oder teilweise Aktien oder andere Risikopapiere kaufen, um rund 40% abgenommen haben, ausgehend von den $ 3,41 Mio. vom Oktober des Vorjahres, während die Fonds, die vorwiegend in Fristdepositen bei Banken anlegen („money market funds“), um 126% zugelegt haben, von $ 2,02 auf $ 4,57 Mrd. Jetzt hat die Banco Río einen neuen Fonds angekündigt, bei dem sie in Aktien u.a. Wertpapieren investiert, aber das vom Sparer eingezahlte Kapital garantiert. Das kann sich diese Bank leisten, nachdem sie die spanischen Santander-Bank übernommen hat; dennoch ist dieses Geschäft nicht ohne Risiko. Die spanischen Unternehmer scheinen wirklich davon überzeugt zu sein, dass es in Argentien aufwärts gehen muss.

Die Börse funktioniert als Institution jetzt viel besser als vor einigen Jahren. Die nationale Wertpapierkommmission hat in den letzten Jahren gute Arbeit geleistet, viele Normen aus den USA übernommen, die die „Securities and Exchange Commission“ dort vor Jahren schon eingeführt hat, und die Kontrollen zwecks Schutz des Minderheitsaktionärs stark verbessert. Jahrzehntelang haben die Kontrollgruppen die Gesellschaften zu ihrem eigenen Vorteil missbraucht, mit schwarzen Geschäften, Geschäften mit Unternehmen, die ihnen persönlich gehörten (die dann für diese Firmen gut, aber für die an der Börse gehandelten nachteilig waren), und mit Spekulationen an der Börse, bei denen sie interne Information benutzen. Das alles geht jetzt nicht mehr, oder ist auf alle Fälle nur sehr beschränkt möglich, wobei die Direktoren das Risiko eines Strafprozesses laufen.

Ebenfalls setzen viele Gesellschaften (YPF, die Telefonunternehmen u.a.) die amerikanischen Gewohnheit durch, periodisch (quartalsmässig oder halbjährlich) Bardividenden zu zahlen und auch den Aktionären ständig Bericht zu erstatten. Hinzu kommt noch, dass der gesamtwirtschaftliche Rahmen, mit Stabilität, Konvertibilität und zunehmender Transparenz, den Aktienmarkt fördert. Man kann somit erwarten, dass die Börse von Buenos Aires in Zukunft stark expandieren wird, im Zuge der Differenzierung von Argentinien von anderen „aufstrebenden“ („emerging“) Ländern, mit denen es wenig gemeinsam hat.

# Besuch aus Australien

In der Vorwoche besuchte der Vizepremierminister und Handelsminister Australiens, Tim Fischer, Buenos Aires anlässlich der Einweihung der Frequenz der australischen Fluglinie Qantas zwischen Sydney, Auckland und Buenos Aires mit zwei Wochenflügen. Fischer, deutschstämmiger Herkunft, ist Vorsitzender der Nationalen Partei in Australien, selber Landwirt und Offizier im Ruhestand als Veteran des Vietnam-Krieges. Die Nationale Partei ist Koalitionspartner der regierenden Liberalen Partei, so dass Fischer zweitbedeutender Politiker im Staat ist.

In Presseerklärungen und Rundtischgesprächen erläuterte Fischer, der Argentinien schon vorher besucht hatte, seine Politik als Handelsminister zugunsten neuer Märkte für Australiens Exporteure sowie vermehrter Investitionen seines Landes in Lateinamerika. Australien exportiert rund 70% aller Ausfuhren in die asiatische Region, deren Krise seit über Jahresfrist die Verkäufe gebremst hat.

Daher das Interesse an Lateinamerika, Mercosur und Argentinien. In unserem Land wird das Handelsbüro Austrade erweitert. Neue Büros werden in Sao Paulo, Lima und Santiago eröffnet werden. Der Personenverkehr für Touristen, Geschäftsreisenden und Familienbesuchen wird durch beide Frequenzen von Qantas verdoppelt, nachdem Aerolíneas Argentiniens, neuerdings unter der Leitung von American Airlines, längst zwei Mal in der Woche nach Australien und Neuseeland fliegt und etwa 30.000 Passagiere im Jahr befördert. In Australien leben rund 60.000 expatriierte Lateinamerikaner, davon mehrere tausend Argentinier. Etwa die Hälfte der Reisenden besucht Familien in Argentinien, 30% geniessen den Tourismus und je 10% sind Geschäftsreisende sowie Schüler und Sportler.

Mehrere Unternehmer Australiens haben längst den argentinischen Investitionsmarkt entdeckt. Sie beteiligen sich am Bergbau, wo sie bei Bajo de la Alumbrera federführend sind und andere Objekte im Visier haben, darunter Agua Rica, ferner am Hafen von Buenos Aires mit zwei Terminals, des weiteren im Fernsehen an Canal 9 und anderen Objekten. Einmal angeknüpft, pflegen solche Wirtschaftsbeziehungen neue Investitionen anzuspornen, denen der Export auf dem Fuss folgt. 40 Unternehmen aus Australien haben Investitionen für rund U$S 3,0 Mrd. in Argenti-nien angelegt und rangieren bereits auf Platz 8.

Argentinien und Australien sind freilich Konkurrenten am Getreidemarkt, beide in der südlichen Halbkugel. Hierüber wurde Tim Fischer in einem Rundtischgespräch gefragt, weshalb Australien im Vorjahr seine Währung um etwa 30% abgewertet hat, obwohl das Land entgegen etwa Thailand, Malaysia, Philippinen, Indonesien und Südkorea nicht mangels erschöpfter Devisenreserven dazu genötigt worden war. Eine solche Kurspolitik, wie sie auch Vietnam, Singapur, Neuseeland und Taiwan mit begrenzten Abwertungen betrieben haben, entspricht der stets kritisierten Abwertungspolitik der berüchtigten dreissiger Jahre, im englischen Jargon genannt „beggar thy neighbour“, indem die Nachbarn kraft Abwertungen auskonkurrenziert werden sollten. Eine Sache sei es, abwerten zu müssen, weil die Devisenreserven erschöpft sind, was auch immer an finanziellen Fehlleistungen dazu geführt haben mag, und eine ganz andere sei die Abwertung zwecks Ergatterung von Exportvorteilen unlauterer Konkurrenz.

Fischer rechtfertigte die Abwertung des australischen Dollars mit der Fiskalpolitik, die zu Überschüssen von etwa einem halben Prozent des BIP geführt habe, sowie der Marktverfassung schwankender Kurse, so dass der Markt und nicht die Regierung oder ihre Währungsbehörde die Abwertung bewirkt habe, anders als in den erwähnten ostasiatischen Ländern, wo die Regierungen die Abwertungen verfügt haben. Allerdings müsste bei Fiskalüberschuss die Währung eher auf- als abwerten, ebenso wie die Zentralbank jederzeit mit eigenen Reserven einen Kurs pflegen kann, ohne abzuwerten. Unlängst hat sich der Dollar Australiens wieder um rund 10% aufgewertet.

Die Folgen jener Kurspolitik in Australien liegen jetzt auf der Hand. Die Weizenproduktion soll in der kommenden Saison etwa 4 Mio. t zusätzlich einbringen, wie in Fachkreisen erwartet wird, wogegen in Argentinien, das nicht abgewertet hat, etwa diese Menge weniger geerntet werden wird. Die Abwertung des Dollars Australiens hat die Weizenbauer begünstigt, während die argentinischen Produzenten die Lektion aus fallenden Weltmarktpreisen bei gleichem Kurs gezogen haben, indem sie weniger Saatfläche bearbeiten. Australien ist weltweit führender Wollproduzent. Vorherige Regierungen hatten in Anlehnung an grundsätzlich falsche Agrarpolitiken in Nordamerika, Japan und Europa die Wollpreise künstlich hoch gehalten. Die Folge war eine Akkumulation überschüssiger Wollinventare. Als die Regierung aus Budgetgründen diesen Unsinn einstellen musste, fiel der Wollpreis sturzartig und verursachte eine Wirtschaftskrise in Patagonien, wie sie ihresgleichen nie vorgekommen war. Zahlreiche Wollestancias wurden aufgegeben. Inzwischen hat Australien etwa drei Viertel der Wollinventare durch Verkäufe abgebaut, die die Wollbaisse langfristig bestimmt haben.

Fischer erklärte hierzu auf Anfrage in einem Rundtischgespräch, dass die Regierung unmittelbar vor seiner Abreise beschlossen habe, die Wollverkäufe bis Juli 1999 einzustellen und die Restinventare anschliessend in private Hände zu entlassen, die eine effizientere Marktpflege betreiben werden. Die Folge dieser Massnahme, die dem Parlament vorliegt, war eine sofortige 10prozentige Hausse am Wollmarkt. Patagonische Wollproduzenten mögen aufatmen, doch werden die Preise kaum anziehen, ehe der Restbestand Australiens verkauft worden ist. Wolle leidet seit Jahrzehnten als Textilcommodity unter dem Wettbewerb künstlicher Fasern, die sie ersetzen, sowie unter den Folgen der Heizung in Wohnungen, Vehikeln und Büros, so dass weniger Wollkleidung gefragt wird.

## Gehälter der Führungskräfte in der Privatwirtschaft (in U$S/Jahr)

| | Direktion | Verwaltung | Betrieb | Handel | Informatik |
|---|---|---|---|---|---|
| Argentinien | 250.588 | 123.227 | 138.515 | 130.650 | 97.877 |
| Kolumbien | 160.217 | 76.150 | 60.000 | 62.503 | 46.663 |
| Brasilien | 144.375 | 101.371 | 111.414 | 104.820 | 87.409 |
| Chile | 138.060 | 86.091 | 80.614 | 88.469 | 74.351 |
| Uruguay | 122.136 | 76.926 | 73.628 | 69.865 | 58.166 |
| Peru | 101.439 | 63.508 | 54.537 | 70.624 | 48.073 |
| Ecuador | 79.500 | 61.000 | 67.300 | 59.500 | ohn.Ang. |
| Bolivien | 64.000 | 38.000 | 36.000 | 42.000 | 31.000 |
| Paraguay | 59.532 | 39.081 | 38.903 | 36.911 | 34.287 |

Quelle: Price Waterhouse

## Entwicklung der Währungsreserven der Zentralbank

(in Milliarden Pesos)

| | 05.10.98 | 09.10.98 | 19.10.98 | 22.10.98 | 2.11.98 | 9.11.98 | 16.11.98 | 23.11.98 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Gold, Devisen u. Anlagen | 23,51 | 23,77 | 23,70 | 23,83 | 23,03 | 23,33 | 23,02 | 23,99 |
| Staatspapiere | 1,48 | 1,47 | 1,49 | 1,60 | 1,66 | 1,67 | 1,71 | 1,74 |
| Internat. Reserven ZB | 24,99 | 25,24 | 25,19 | 25,43 | 24,69 | 25,00 | 24,73 | 25,73 |
| Liquiditäts-Rückstellungen (Com. A. 2350) | 7,71 | 7,45 | 6,96 | 6,81 | 7,25 | 6,89 | 7,16 | 6,54 |
| Währungsreserven des Finanzsystems | 32,70 | 32,69 | 32,16 | 32,24 | 31,94 | 31,90 | 31,89 | 32,27 |
| Notenumlauf | 14,85 | 15,10 | 14,55 | 14,26 | 14,50 | 15,03 | 14,68 | 14,34 |
| Bankdep. in Dollar bei ZB | 0,02 | 0,03 | 0,06 | 0,05 | 0,02 | 0,03 | 0,03 | 0,01 |
| Monetäre Passiven | 14,87 | 15,13 | 14,61 | 14,30 | 14,52 | 15,06 | 14,71 | 14,35 |
| Nettosaldo Swaps | 8,24 | 8,21 | 8,63 | 9,17 | 8,37 | 8,12 | 8,18 | 9,51 |
| Depositen der Regierung | 0,24 | 0,29 | 0,36 | 0,30 | 0,52 | 0,66 | 0,96 | 0,62 |
| Finanzpassiven | 23,11 | 23,34 | 23,24 | 23,47 | 22,90 | 23,19 | 22,90 | 23,86 |

Quelle: Zentralbank

# Deutsche Bank wird weltweit Nummer eins

Im Kielwasser von Daimler-Chrysler hat auch die Deutsche Bank überraschend eine transatlantische Übernahme perfekt gemacht. Mit dem Kauf des amerikanischen Investmenthauses Bankers Trust soll das grösste Kreditinstitut der Welt mit 95.000 Beschäftigten und DM 1,3 Bio. Bilanzsumme entstehen. Damit wird die Megafusion der beiden schweizerischen Grossbanken vor elf Monaten zur UBS (United Bank of Switzerland) mit einer Bilanzsumme von DM 1,1 Bio. noch übertroffen.

Vor wenigen Wochen hatte das Privatbankhaus M.M. Warburg in einer Aktienanalyse noch getitelt: „Der Riese wankt, aber er kippt nicht.“ Gemeint waren damit erhebliche Risiken des deutschen Branchenführers im Asien-Geschäft. Am Bankenplatz Frankfurt war auch schon Häme aufgekommen, weil die Deutsche Bank weder bei einem französischen Institut noch in den USA zum Zuge kam, obwohl entsprechende Gerüchte ständig sprudelten.

Nun hat Vorstandssprecher Rolf Breuer die Branche überrascht. Für insgesamt DM 16,5 Mrd. soll nun Bankers Trust erworben und damit ein wichtiges Standbein in Amerika etabliert werden. Ob die spektakuläre Aktion auch mit Personalabbau verbunden sein wird, ist derzeit noch offen. Bislang waren Grossfusionen im Kreditgewerbe immer mit einer Reduzierung der Belegschaft verbunden.

Erst vor zwei Wochen konnte die Deutsche Bank eine strategische Allianz mit dem japanischen Versicherungsriesen Nippon Life Insurance Company bekanntgeben. Unmittelbar zuvor hatte der deutsche Konkurrent Commerzbank die Zusammenarbeit mit dem italienischen Versicherer Generali veröffentlicht. Zusammen mit den Japanern will die Deutsche Bank vor allem Investmentfonds vertreiben und Vermögensanlagen in Europa verwalten. Dies soll aber nur den Anfang einer umfassenden Zusammenarbeit bilden.

Die Gruppe Deutsche Bank unterhält derzeit 2.300 Niederlassungen in mehr als 50 Ländern und beschäftigt 75.900 Mitarbeiter. Mitte Juni verwaltete der Konzern ein Vermögen von DM 558 Mrd. Ende 1997 wurde eine Konzern-Bilanzsumme von DM 1.043 (1996: 886 Mrd.) erreicht. Der Gewinn vor Steuern betrug DM 2,0 (4,9) Mrd. Neben Milliardenkosten für den Konzernumbau hatte vor allem die Asienkrise, die uns wie ein Blitz überraschte, das Jahresergebnis 1997 verhagelt.

Deshalb musste die Risikovorsorge im Vergleich zu 1996 um DM 1,4 auf 2,2 Mrd. aufgestockt werden. Dennoch wurde eine unveränderte Dividende von DM 1,80 je Aktie ausgeschüttet. Von den 76.141 Beschäftigten zum Jahresende 1997 arbeiteten 49.096 im Inland und 27.055 im Ausland.

In Argentinien bringt die Übernahme für die Deutsche Bank mit sich, dass sie, kurz nachdem sie ihr Handelsbankgeschäft an die BankBoston verkauft hat, nun 51% der Banco Liniers Sudamericana besitzt, die die Bankers Trust im Vorjahr erwarb, indem sie $ 13,5 Mio. einschoss. Die Führung der Bank verblieb in Händen der ursprünglichen Besitzerfamilie Porcel. Es handelt sich um eine kleine Bank mit nur sechs Filialen.

Über die Stellungnahme der Deutschen Bank verlautete ausseroffiziell, man würde diese Beteiligung abstossen. Die Banco Liniers Sudamericana hatte sich schwerpunktmässig auf Kfz- und Konsumentenkredite verlegt, besonders über Kreditkarten. Die Familie Porcel ist Inhaberin von 44% von Argencard und Lizenzträgerin von Mastercard für Argentinien.

# Rückgang der Industrieproduktion im Oktober

Das argentinische Statistikamt Indec gab die vorläufigen Ermittlungen über die Produktionsindizes der Industrie bekannt. Sie ergeben eine um 6,4% geringere Produktion als im gleichen Vorjahresmonat. Im Vormonatsvergleich ging die Produktion saisonbereinigt um 1,1% zurück, während sie ohne Saisonbereinigung um 0,5% zulegte. In den ersten 10 Monaten 1998 war die Industrieproduktion um 2,9% grösser als im selben Vorjahres-Vergleichszeitraum. Der Bericht des Statistikamtes weist darauf hin, dass die Industrieproduktion im Oktober 1997 absoluter Rekord war.

Die verschiedenen ermittelten Branchen wiesen sehr unterschiedliche Indizes aus. So legte Agro-Chemie 47,8% und Zucker 25,5% zu, während die Fleischproduktion um 10,1% und die von Baumwollgarnen um 14,5% zurückgingen. Pflanzenöle legten 23% zu, Molkereiprodukte 12,8%, Bierbrauerei 10,5%, Kunstfasern 10,4%, Geflügel und Fisch 8,9%, Kfz-Reifen 4,7%, verarbeitetes Erdöl 3,9% und Industriegase 3,1%.

Die Produktion von Rohaluminium ging um 0,8% zurück, Grundchemikalien 3,4%, Kunststoffe 5,4%, Rohstahl 5,9%, Brot und Teigwaren 7,6%, verarbeitete Kunststoffe 9,3%, Zement 9,5%, Papier und Pappe 9,8%, Baumaterial 11%, Weizenmehl 11,4%, Roheisen 14,4%, Gewebe 16,8%, Metallverarbeitung 19,3%, Warmwalzprodukte 21,2%, Russ 23,5% und Kfz 25,5%.

# ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

**Die Jahreszinssätze der wichtigsten Banken für Fristdepositen auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche** für Pesos zwischen 6% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 6%.

***

**Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 7,4% auf 519,32,** der Burcapindex um 5,3% auf 893,62 und **der Börsenindex um 4,8% auf 19.761,45**

***

**Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers)** fiel in der Berichtswoche um 5,1% auf $ 0,7835.

***

**Senator Cafiero hat eine Vorlage eingebracht, die das Gesetz 11.683 dahingehend ändern würde, dass das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) nur bis 90% der Steuern des Vorjahres als Vorschuss kassieren darf.**

***

**Vom gesamten argentinischen Energieverbrauch wird 44,4% mit Erdgas, 41,1% mit Erdöl, 6% mit Wasserkraft 2,3%, mit Kernkraft, 2,2% mit Kohle und 4% mit anderen Mitteln wie Flaschengas, Holz, Windkraft u.a. erzeugt.** Die Berechnung wurde 1996 von der Zeitschrift Gas und Gas durchgeführt.

***

**Die Senasa (Servicio Nacional de Sanidad y Calidad Agroalimentaria) gab bekannt, dass zwischen Argentinien und Brasilien ein Abkommen erzielt wurde, das sichert, dass bei Warenaustausch von Tierprodukten keine sanitären Hindernisse auftreten werden.** Am 15.12.98 sollen die von beiden Staaten anerkannten Sanitärausweise abgestimmt sein, womit 90% der Probleme durch die brasilianischen Einfuhrbewilligungen überbrückt seien.

***

**Die Industrieproduktion ging im Oktober, der Stiftung Fiel zufolge, im Vorjahresvergleich um 9,3% zurück und im Vormonatsvergleich um 0,8%.** Damit berichtigt Fiel seine vorläufigen Angaben der Vorwoche. Die Produktion September-Oktober lag um 6,4% unter dem gleichen Vorjahreswert, die der letzten 12 Monate um 5% unter dem vorherigen Vergleichszeitraum.

***

**Die US-Investment-Beraterin Brandes Investment Partners hat für nicht genannte Kunden 5,1% von YPF SA erworben.** Sie kaufte 1.810 Stammaktein und 18,63 Mio. ADR, womit sie das Stimmrecht von 18,37 Mio. Stammaktien hält.

***

**Air Liquide, welterste in der Gaserzeugung für Medizin und Industrie und seit 1938 in Argentinien tätig, hat mit U$S 30 Mio. Investition auf dem Werksgelände von Acindar, in Villa Constitución, eine Fabrik errichtet, die das Stahlunternehmen mit Sauerstoff versorgen wird.** Sie wird mit ihrem neuen Werk im Industriepark von Ramallo durch eine 33 km lange Sauerstoffleitung verbunden.

***

**Cinemark Argentina eröffnet im Shopping Soleil 10 neue Kinosäle.** Seit Beginn ihrer Tätigkeit 1997 hat die Firma 28 Säle in Puerto Madero, Adrogué und Mendoza, sowie 12 im Bezirk Caballito, Buenos Aires Stadt und in Bahía Blanca eröffnet.

***

**Durch Beschluss 520/98 des Schatzsekretariates (Amtsblatt vom 23.11.98) wurde die Ausgabe von argentinischen Bonds in D-Mark für DM 500 Mio. verfügt.** Das Ausgabedatum ist der 19.11.98, die Laufzeit beträgt 10 Jahre mit voller Amortisation am Schluss, der Zinssatz beträgt 14% für die ersten 2 Jahre und 9% für die folgenden Jahre. Der Ausgabepreis beträgt 101,75%, was eine Kommission von 0,75% einschliesst.

***

**Die Bierbrauerei Compañía General Cervecera (CISCA), die in Konkurs geraten war und deren Betrieb in diesem Verfahren für**

**U$S 8 Mio. von einer chilenischen Gruppe gekauft worden war, beabsichtigt jetzt eine neue Brauerei für U$S 25 Mio. in Monte Cristo an der Strasse Nr 19, zu errichten,** die zunächst als Verteilungszentrum tätig sein wird, und dann im Jahr 2000 als Brauerei. Die alte Brauerei in Córdoba soll stillgelegt werden, wobei 800.000 Liter Bier, die verdorben sind, nach und nach in das Abwassersystem geschüttet werden müssen. Der neue Standort erlaubt besseren Zugang und verfügt über besseres Wasser.

***

**Anfang 1999 sollen 22.000 t organischer Zucker, der in Misiones erzeugt wird, in die USA exportiert werden.** Dieser Zucker wurde in der Fabrik in der Ortschaft San Javier erzeugt, die vor Jahren stillgelegt worden war und jetzt für diese Spezialität wieder in Gang gesetzt wurde. Dieser Zucker wird ohne Additive erzeugt, wobei die Raffinierung ausbleibt, so dass mineralische Stoffe im Zucker verbleiben, die beim normalen weissen Zucker ausgewaschen werden.

***

**Eine holländische Handelsmission unter Ministerpräsident Wim Kok gab ihre Bereitscheft bekannt, vorzugsweise in den Bereichen Transport und Baggerarbeiten zu investieren.** Einem Regierungsbericht zufolge erreichten die niederländischen Investitionen 1990/97 durchschnittlich U$S 110 Mio. im Jahr. 1998/2000 sollen sie auf einen Jahresdurchschnitt von U$S 448 Mio. zunehmen. Das alteingesessene Erdölunternehmen Shell betreibt einen Investitionsplan von U$S 1,2 Mrd. für die Erdöl-Erschliessung und -Förderung. (AFP)

***

**Durch Dekret 1344/98 (Amtsblatt vom 25.11.98) wurde die neue Reglementierung des Gewinnsteuergesetzes genehmigt, die das Dekret 2353 vom 18.12.86 ersetzt.**

***

**Durch Beschluss 271/98 des Amtes für öffentliche Einnahmen (AFIP) (Amtsblatt vom 25.11.98) wurde bestimmt, dass die Steuerpflichtigen, die Waagen betreiben, die für landwirtschaftliche Produkte eingesetzt werden, den Lastwagenunternehmen, die sie transportieren einen Beleg über die Ware und deren Gewicht übergeben müssen,** den diese bei Kontrollen vorweisen und danach aufheben müssen. Dies bezieht sich auf Getreide und Ölsaat, die nicht für Saatzwecke bestimmt sind, sowie auf Gemüse, Erbsen und Linsen, und auf Rinder, Schafe, Schweine und Pferde.

***

**Nach einer Zusammenkunft zwischen Wirtschaftsminister Roque Fernández und YPF-Präsident Roberto Monti wurde beschlossen, ein Aktienpaket von 14,99%, das der Regierung gehört, gesamthaft zu verkaufen.** Da der Staat insgesamt 20,3% besitzt, aber eine „Goldaktie" mit Vetorecht behalten muss, werden dann 5,2% an der Börse oder an einen anderen Käufer verkauft. Die Regierung hat ihr Vorhaben einer Statutenreform zurückgezogen. Sie wollte den Paragraphen abschaffen, der bestimmt, dass jemand, der über 15% kauft, ein Gesamtangebot („tender offer") für das gesamte Kapital zum gleichen Preis machen muss. Angeblich will die spanische Repsol mehr als 14,99% kaufen, da sie damit nur 2 Direktoren hätte, mit geringem Einfluss auf die Unternehmensleitung. Sie wollte weiteren Aktionären („Investment fonds" der USA) einen günstigen Tausch gegen Repsol-Aktien anbieten, um ihr Paket zu erhöhen und somit die Kontrolle von YPF zu übernehmen. Die Statutenänderung bedarf jedoch einer Mehrheit von 66% der Stimmen. Wenn die Regierung nun mit 20,3% dafür stimmt und weitere Aktionäre in diesem Sinn überzeugt werden (durch das günstige Angebot von Repsol) kann dies vollzogen werden. Ohne die Regierungsstimmen ist es hingegen sehr schwierig. Ob sich Repsol oder sonst jemand jetzt für die 14,99% interessiert, sei dahingestellt.

***

**Nächste Woche werden die Rechnungen für den Wasserdienst verteilt, die 15% teurer sein werden.** Die Regierung hatte einen Aufschlag von $ 4,24 verfügt, als Ersatz für die Zahlung von $ 600 für einen neuen Wasseranschluss und $ 1.000 für einen Kloakenanschluss. Die neuen Anschlüsse wurden in den meisten Fällen nicht bezahlt, so dass die Regierung eine solidarische Lösung einführte, indem diejenigen, die schon über Wasserdienste verfügen, die Rechnung für diejenigen zahlen, die sie noch erhalten müssen. Ausserdem wurde ein Aufschlag von $ 1,23 wegen erhöhter Kosten verfügt, den das Kontrollamt ETOSS zugelassen hat. Aguas Argentinas hatte bedeutend mehr verlangt. Diese Zusätze zum Tarif machen auf den Durchschnittstarif von $ 35% rund 15% aus.

***

**Der Vizepräsident der Deputiertenkammer, Marcelo Lopez Arias (PJ) befürwortet mit anderen Deputierten der PJ-Fraktion die Einführung einer Brennstoffsteuer, als Ersatz der Strassengebühr, die sehr konflikitv geworden ist. Auch Diaz Lozano (UCR) und Rubén Giustiniani (Frepaso) befürworten diesen Gedanken.** Diese Steuer soll einen Fonds bilden, also nicht in das Budget integriert werden, wie es Minister R. Fernández befürwortet. Die Deputierten sind der Meinung, dass das Schatzamt dann das Geld behält und den Strassenbau nicht finanziert, wie es schon jetzt geschieht. Der Gedanke der Brennstoffsteuer von 10 Cents (jetzt sollen es weniger sein) wurde von Guillermo Laura im Rahmen des Autobahnplans für 10.000 km lanciert. Jetzt sollen weniger Autobahnen, dafür aber mehr gewöhnliche Überlandstrassen gebaut werden. Um diesen Sonderfonds in das Budget 1999 einzuverleiben, muss die Deputiertenkammer eine Zweidrittelmehrheit zusammenbringen, was anscheinend jetzt möglich wäre.

***

**Die Höhe der Bankeinlagen ist unverändert, mit einer leicht fallenden Tandenz, geblieben. Nach vorläufigen Angaben sind sie im November bisher um U$S 714 Mio., rd. 1%, auf U$S 75,66 Mrd. zurückgegangen.** Davon gingen Privatdepositen um U$S 267 Mio. zurück. Im Oktober verringerten sich die Privatdepositen um $ 100 Mio., die Gesamteinlagen, einschliesslich jener der öffentlichen Hand, um 1,31 Mrd. Im Vorjahr hatten die Gesamtdepositen um 25% zugelegt.

***

**Ein Gericht hat die Untersuchungshaft von 2 Leitern des Moreno-Schlachthofes wegen mutmasslicher Hinterziehung der Gewinn- und MWSt. von $ 5 Mio. angeordnet.** Das Vorhandensein gefälschter Verkaufszahlen, Rechnungen und Spesenabrechnungen sei erwiesen und doppelte Rechnungsstellung und Nichteintragung getätigter Geschäfte sei festgestellt worden. Ein weiteres Gericht hat den Prozess gegen einen anderen Unternehmer der Branche angeordnet, der MWSt.-Rückerstattungen nicht verbucht hat und pfändete ihn für $ 130.000.

***

**Der Beschluss der Getreideexporteure ihre Zahlungen auf 85% bar und 15% in 180 Tagen zu verzögern hat zu Auseinandersetzungen mit Landwirten geführt.** Die Landwirtschaftsverbände SRA (Sociedad Rural Argentina) und Coninagro beschuldigten sie, eine oligopolische Machtstellung zum Schaden der Produzenten auszuüben. Die Exporteure verzögern die Zahlungen als Massnahme gegen Verzögerungen beim Inkasso der Ausfuhrrückvergütungen.

***

**Das Immobilienunternehmen Irsa, Inhaberin des Hotel Libertador, hat der Sheratonkette die Betreibung des Hotels übertragen. Sheraton wird U$S 6 Mio. in die Modernisierung dieses Hotelbetriebes investieren.** Damit kontrolliert Sheraton in Buenos Aires Stadt 1.200 Betten, 30% des Gesamtangebotes. Irsa ist auch Besitzerin des Llao Llao Hotels in Bariloche, das von den Inhabern des Alvear Hotels betrieben wird, und des Intercontinental Hotels.

***

**Im Vorjahresvergleich nahmen im Oktober die Umsätze der Supermärkte um 12,5% und die der Shoppings um 16,9% zu, wie das Statistikamt Indec ermittelt hat.** Die Gesamtumsätze der Supermärkte erreichten über $ 1,25 Mrd., um 9,7% mehr als im Vormonat. Der Vorjahresvergleich der ersten 10 Monate 1998 ergibt eine Zunahme von 9,4%.

***

**Präsident Menem soll mit seinem brasilianischen Kollegen in einem Telefongespräch übereingekommen sein, dass die brasilianischen Einfuhrschranken gelockert und die Kritiken gemildert werden.** Staatssekretär Campbell erklärte dazu, er betrachte den Fall als erledigt.

***

**Vertreter der argentinischen Nahrungsmittelindustrie haben ihre Kritik an den brasilianischen Massnahmen gemässigt und bekanntgegeben, dass sie bisher keine Hindersnisse für den Verkauf im Nachbarland festgestellt hätten.** Alvarez Gaiani, Vorsitzender des Industriespitzenverbandes UIA erklärte, die von der Regierung Cardoso angeordneten Einschränkungen seien theoretisch, wurden jedoch nicht in die Praxis umgesetzt. Arcor-Präsident D'Alessandro betonte, dass sein Unternehmen die Ausfuhren nach Brasilien nicht verringern werde.

***

**Die französische Casino-Gruppe steht vor der Übernahme von 70% der Supermarktkette San Cayetano. Der Preis soll zwischen U$S 200 und 300 Mio. liegen.** San Cayetano hat 58 Supermärkte im Raum Buenos Aires und einen in Rosario, den sie von der Firma Reina Elena der Familie Casinerio übernommen hat. Letztere befindet sich in Konkurs, weshalb San Cayetano, die in diesem Jahr $ 415 Mio. Umsatz anpeilt, über die Übenahme weiterer Supermärkte verhandelt. Casino hält bereits 75% der Libertad-Kette in Córdoba, 50% von Disco in Uruguay (die keine Beziehung zur argentinischen Disco-Kette hat) und hat im Vorjahr weltweit U$S 15 Mrd. umgesetzt.

***

**Der US-Investmentfonds Galway Partners hat 49% der Krankenhaus- und Sanatorienverwalterin Pánasis der Familie Couzo Peñaloza übernommen.** Es soll der erste Vorstoss der Firma, die zu den 5 grössten der USA zählt, auf dem argentinischen Markt sein. Sie wird Technologie und Management beitragen und anfangs U$S 100 Mio. investieren. Pánasis betreut rd. 500.000 Mitglieder von Sozialwerken, Rentenkassen und Privatpatienten. Dazu verwaltet sie 2.800 Ambulatorien und verfügt über 1.890 Betten und weitere 194 für komplexe Fälle.

***

**Die Banco de Galicia hat, als erstes Privatunternehmen das nach Ausbruch der Finanzkrise Mittel auf den Finanzmärkten aufnimmt, U$S 100 Mio. auf 2 Jahre zu 10% Jahreszinsen, im Rahmen eines Globalprogramms für U$S 1 Mrd., verpflichtet.** Die Unterbringung bei internationalen Investmentgruppen und Privatbanken war äusserst erfolgreich und wurde gemeinsam von Goldman Sachs, Banco de Galicia, UBS AG, Barclays Bank Plc und

Merrill Lynch International durchgeführt. Standard & Poor's hat sie mit BB+ bewertet. Die Provinz Buenos Aires konnte weitere U$S 53,6 Mio. aufnehmen.

***

**Das Versicherungsunternehmen Zürich hat die Fusion der Zürich Group mit Eagle Star, Scudder Kemper Investments, Centre Solutions, Farmers, Allied Dunbar und Threadneedle Asset Management bekanntgegeben.** Die Zürich Financial Services benannte Gruppe mit Sitz in Zürich betätigt sich im 60 Staaten in Lebens- und nicht Lebensversicherungen, Rückversicherungen und Asset management. Zürich ist in Argentinien seit 1962 durch Beteiligungen an den Versicherungsgesellschaften Helvetia und Iguazú tätig. Erstere wurde 1982 abgestossen und Iguazú zur Filiale von Zürich gemacht.

***

**Die Lastenhefte für die Privatisierung der Provinzbank von Catamarca werden in der kommenden Woche aufliegen.** Die Bank soll am 21.5.99 als Banco de Catamarca SA zu 60% in Privathände übergehen. 30% behält die Provinz und 10% werden Belegschaftsaktien. Der provinzielle Wirtschaftsverband FEC (Federación Económica de Catamarca) hat eine interessierte Investmentgruppe gebildet. Die Provinzregierung erwartet $ 50 Mio. aus dem Treuhandfonds zur Finanzierung der Privatisierung. Die Bank hatte zum 31.7.98 Einlagen für $ 57,3 Mio. vergebene Darlehen für $ 38,4 Mio. und 13 Filialen.

***

**Das Baugewerbe verzeichnete im Oktober im Vorjahresvergleich einen Rückgang von 8,4%, während derselbe Vergleich der ersten 10 Monate eine Zunahme von 7,6% ergab.** Oktober 1997 war, wie die Wirtschaftsführung betonte, ein absoluter Rekordmonat. Ohne Saisonbereinigung nahm die Bautätigkeit im Vormnatsvegleich 0,5% zu, saisonbereinbigt um 7,5% ab. Bei den Lieferungen von Baumaterial ging Asphalt um 14,9% zurück, Hohlziegel um 10,1%, Kacheln und Fliessen 7,4%, Zement 7,3% und Beton-Rundeisen 6,3%. Anstreicherfarben legten 4,4% zu.

***

**Das von der spanischen Repsol kontrollierte argentinische Erdölunternehmen Astra wird 1998/2002 U$S 2 Mrd. investieren.** Davon sind U$S 1,1 Mrd. für Erschliessung und Förderung, U$S 450 Mio. für Raffinerie und Vertrieb und weitere U$S 450 Mio. für den Vertrieb von Erdgas bestimmt, wie Astra-Präsident Ranero Díaz erklärte. Schwerpunktmässig sollen die Erdöl- und Gasreserven erhöht werden. 24% der Gesamtinvestition sei für das Downstreamgeschäft vorgesehen.

***

**Loma Negra, das grösste Zementunternehmen Argentiniens, plant, nach dem Kauf der betonverarbeitenden Unternehmen Servicon, Sermac, Decamix (von der Decavialgruppe, der auch Petroquímica Comodoro Rivadavia und Cal El Milagro gehört) und Cemex im Raum Gross Buenos Aires, weitere Eigenbetriebe und Akquisitionen im Landesinneren.** Mit den 4 Unternehmen erhöht Loma Negra ihren Umsatz von $ 350 Mio. um weitere $ 65 Mio. Cemmex hat 5 Betriebe, die anderen 2 bis 3 jede. Loma Negra kauft jedoch nicht Produktionskapazität sondern Marktanteile und Vertriebsapparate.

***

**Coface (Compagnie Francaise d'Assurance por le Commerce Exterieur) sucht hier den bisher nicht bearbeiteten Markt der Ausfuhrversicherungen mit einer Anfangsinvestition von U$S 3 Mio. zu erschliessen.** In 4 Jahren sollen Prämien für U$S 10 Mio. eingenommen werden, was Ausfuhrversicherungen für U$S 1 Mrd. entspräche, wie Präsident F. David erklärte. In Frankreich werden 13% aller Ausfuhren Kreditversichert, in Argentinien knapp 0,01%. In Asien und Lateinamerika sei dieses Versicherungsprodukt praktisch unbekannt.

***

**Die privaten Rentenkassen AFJP konnten nach 3 Monatenroter Zahlen wieder positive Ergebnisse verzeichnen.** November soll ein Jahresergebnis von 2,5% bis 2,8% Gewinn erwarten lassen.

***

Die Consultingfirma Alpha hat errechnet, dass nach der Erhöhung der Beteiligung der französischen Crédit Agricole von 30% auf 64% bei der lokalen Bisel Bank, und nach der Übernahme der Mayo Bank durch die Citibank **der Anteil der ausländischen lokalen Banken an den gesamten Krediten auf 52,6% gestiegen ist.** In Chile beträgt der Anteil 19,5%, in Belgien 15,2%, in Brasilien 14,2% in Kanada 8,5%, in Spanien 7%, in Finnland 6,7% in Südkorea 4,5% und in Italien 3,9%.

***

**Eine Bankengruppe unter der Federführung der Banken de Galicia, BBV-Francés und Credicoop wollen die Almafuerte Bank aufteilen, wie es auch mit der Mayobank geplant war.** Die Banken haben in der ZB bereits diesbezügliche Verpflichtungen unterschrieben. Über das Wochenende wollen sie die 40 Filialen und Depositen für über $ 180 Mio. übernehmen, die nach dem Run der Vorwoche auf die Einlagen, bei dem 25% derselben abgezogen wurde, verbleiben. Die Bankkunden sollen trotz der verfügten Schliessung keine Schwierigkeiten erleiden. Die Anteile der von E. Farah geführten Almafuerte Bank sind stark verstreut. Nur der Argentinische Genossenschaftsverband mit 8,94% und das Textilunternehmen Gatic mit 6,95% halten mehr als 5%.

***

**Das VW-Spitzenmodell Passat soll im Werk General Pacheco neben dem Gol mit 1.000 ccm Hubraum für Brasilien, und den Polo, Caddy und Seat Inca gefertigt werden. Die Investition dafür wird U$S 170 Mio. betragen.** Insgesamt erfordert die Fertigung des Passat im Mercosur U$S 400 Mio. Die Standorte für die restlichen U$S 230 Mio., vorwiegend für Transmissionen und Getriebe, ist noch nicht festgelegt. Das Transaxwerk von VW fertigt bereits Getriebe, die zum Teil nach Mexiko für den neuen Käfer geliefert werden, so dass auch diese Investition in Argentinen erfolgen könnte.

***

**Die zur deutschen Metallgesellschaft-Gruppe gehörende MG Industries verhandelt über den Kauf des argentinischen Kfz-Zulieferers Emplast und seines Tochterunternehmens Corplast.** Emplast setzt jährlich U$S 46 Mio. als Markterster bei Kotflügeln aus Kunststoff, mit Fabriken in Córdoba und Tortuguitas um und beliefert alle grossen Kfz-Fabriken. Betreiberin der Metallgesellschaft ist die Dynamit Nobel.

***

**YPF SA hat der Rio Bank die Verwaltung ihrer Finanzgebahrung übertragen.** Bei der Zeremonie in Gegenwart der Vorsitzenden der Santandergruppe, Ana Botín, wurde betont, dass sich die neue Verwaltungsart nahtlos in die Spitzenqualität aller Einzelbereiche von YPF SA einfüge.

***

**Der US-Investmentfonds West Sphere hat die Monroe Drogerie, einen der 3 noch bestehenden Familienbetriebe der Branche, erworben.** Die nach der Droguería del Sud grösste Pharmavertriebsfirma des Landes setzt U$S 500 Mio. im Jahr um, hat Aktiven für U$S 25 Mio. und Schulden für rd. U$S 40 Mio. In den letzten Jahren nahm sie Auslandskapital auf. Die Bank of America hält 28% von ihr, die West Sphere, die auch Inhaberin von Química Estrella ist, 12%.

***

## Preisentwicklung in den OECD-Ländern

| | Monatsteuerung gegenüber Vormonat | | | Jahresteuerung gegenüber Vorjahresmonat | |
|---|---|---|---|---|---|
| **Grosse Länder** | **Juli** | **August** | **Sept.** | **August** | **Sept.** |
| USA | 0,1 | 0,1 | 0,1 | 1,6 | 1,5 |
| Japan | -0,6 | -0,1 | 0,8 | -0,3 | -0,2 |
| Deutschland | 0,3 | -0,1 | -0,7 | 0,8 | 0,8 |
| Frankreich | -0,4 | 0,2 | 0,0 | 0,7 | 0,5 |
| Grossbritannien | -0,2 | 0,4 | 0,4 | 3,3 | 3,2 |
| Italien | 0,0 | 0,1 | 0,1 | 1,9 | 1,8 |
| Kanada | 0,0 | 0,0 | -0,2 | 0,8 | 0,7 |
| **Übrige Länder** | | | | | |
| Schweiz | -0,1 | 0,3 | -0,1 | 0,1 | 0,1 |
| Österreich | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,9 | 0,9 |
| Niederlande | 0,0 | 0,0 | 0,3 | 1,7 | 1,7 |
| Belgien | 0,2 | -0,4 | 0,0 | 0,4 | 0,8 |
| Luxemburg 3) | 0,2 | 0,1 | 0,1 | 1,0 | 0,7 |
| Schweden | -0,2 | -0,3 | 0,4 | -0,7 | -1,2 |
| Dänemark | -0,1 | 0,1 | 0,4 | 1,6 | 1,7 |
| Norwegen | 0,1 | -0,3 | 0,8 | 2,1 | 2,5 |
| Finnland | -0,3 | 0,2 | 0,3 | 1,2 | 1,3 |
| Spanien | 0,4 | 0,3 | 0,1 | 2,1 | 1,6 |
| Portugal 3) | 0,2 | 0,0 | -0,1 | 3,1 | 3,1 |
| Griechenland | -2,0 | 0,0 | 1,9 | 5,0 | 5,3 |
| Türkei | 3,4 | 4,0 | 6,7 | 81,4 | 80,4 |
| Irland 1) | -0,3 | 0,3 | 0,3 | 1,4 | 1,4 |
| Island 1) | -0,2 | 0,3 | 0,1 | 1,1 | 0,8 |
| Tschech. Republik | 1,9 | -0,2 | 0,1 | 9,4 | 8,3 |
| Polen | -0,4 | -0,6 | 0,8 | 11,0 | 10,3 |
| Ungarn | -0,2 | 0,4 | 0,6 | 13,5 | 13,5 |
| Südkorea | 0,0 | 0,3 | 0,4 | 6,9 | 6,9 |
| Neuseeland 1) | - | 0,2 | - | 1,7 | 1,7 |
| Australien 1) | - | - | - | 0,7 | 0,7 |
| Mexiko | 1,0 | 0,9 | 1,6 | 15,5 | 15,9 |
| **Ländergruppen** | | | | | |
| Sieben Grosse | -0,1 | 0,1 | 0,2 | 1,3 | 1,3 |
| EU-Länder 2) | -0,1 | 0,1 | 0,1 | 1,6 | 1,5 |
| Total OECD 2) | 0,1 | 0,2 | 0,4 | 3,4 | 3,4 |

1) Diese Länder geben nur Quartalsergebnisse bekannt. Die Monatswerte sind ein Durchschnitt der Quartalswerte, während die Jahresteuerung auf Grund der letzten vorliegenden Quartalsergebnisse berechnet wird. 2) Für diejenigen Länder, für die keine entsprechenden Monatswerte verfügbar sind, werden zur Berechnung der Gruppenresultate Annäherungswerte eingesetzt. 3) Ohne Mieten.

**Die Wirtschaftsführung hat die Erdölgesellschaften Arco, British Gas, Chevron, British Retroleum/ Amoco, Elf Aquitaine, Enron, Exxon, Consolidated Natural Gas, ENI, Mobil, Repsol, Shell, Unocal, Texaco, Total und Perez Companc aufgefordert, Mitte Januar Angebote für das Aktienpaket von 14,99% von YPF SA zu unterbreiten.** Auch YPF SA könnte Anbieterin sein.

***

**Die Gewinne der Unternehmen, die an der Börse von Buenos Aires notieren, lagen im 3. Quartal um 23,46% unter jenen des gleichen Vorjahreszeitraumes.** Die Erhebung schliesst 106 Unternehmen deren Aktien gehandelt werden und 47 von denen ausschliesslich Obligationen notieren ein und berücksichtigt weder Investment- noch Treuhandfonds. Der Gewinnrückgang der Unternehmen deren Aktien notieren betrug im Vergleichszeitraum 26,82%.

***

**Der Senat hat das Gesetz zur Reglementierung des in der Verfassung garantierten Habeas Data gebilligt.** Es gestattet den Bürgern, Angaben über Person in staatlichen oder privaten Archiven kennenzulernen und möglicherweise zu berichtigen. Es schliesst auch Firmen ein, die sich mit Informationen über Firmen und ihre Finanzlage befassen.

***

**Der Senat hat die Vorlage, die Belegschaftsaktien von der Gewinnsteuer ausnehmen, als Gesetz angenommen.**

***

**Die Provinzregierung von Buenos Aires will die Lastenhefte für die Privatisierung des Provincial Hotels in Mar del Plata für $ 42 Mio. Mitte Dezember auflegen.** Im April soll die Privatisierung umgesetzt werden.

***

**Das argentinische Kabelfernsehunternehmen Multicanal will seine Globalausgabe von Schuldscheinen von U$S 350 Mio. auf U$S 500 Mio. erhöhen.**

## Telefónica weltweit vereinheitlicht

Carlos Fernández Prida, Präsident der Telefónica de Argentina, gab bekannt, dass weltweit alle Unternehmen der Gruppe einheitlich denselben Namen, Telefónica, und den neuentworfenen Logo führen werden. Ziel der Massnahme sei, das Unternehmen dem Endverbraucher als einen einheitlichen Anbieter aller verbundenen Dienstleistungen vorzustellen.

Die Öffnung des Telefonmarktes habe eine so grosse Anzahl verschiedenster Teildienstleistungs-Unternehmen auf den Markt gebracht, dass dem Publikum in vielen Fällen nicht mehr klar sei, wer was anbiete. Telefónica will in den nächsten drei Jahren U$S 40 Mio. investieren um ihr neues Aussehen weltweit zu einem Begriff zu machen.